

# THEMA JUGEND

## FAIR STREITEN

**MEDIATION UND IHR EINSATZ  
IN JUGENDHILFE UND SCHULE**

**WEGE VERÄNDERN –  
INTERKULTURELLE MEDIATION**

**PARTIZIPATION DURCH  
MEDIATION ERLERNEN!**



Katholische  
Landesarbeitsgemeinschaft  
Kinder- und Jugendschutz  
Nordrhein-Westfalen e. V.

ZEITSCHRIFT FÜR JUGENDSCHUTZ UND ERZIEHUNG

[www.thema-jugend.de](http://www.thema-jugend.de)



## Unser Thema:

<b>Was ist Mediation?</b> Ihr Einsatz in Jugendhilfe und Schule	2
<b>Mediation in Schulen</b>	7
<b>Wege verändern</b> Interkulturelle Mediation	8
<b>Menschenrechte und Mediation</b>	10
<b>Das Konzept der Peergroup Education</b>	14
<b>Partizipation durch Mediation lernen!</b>	15
<b>Bücher zum Thema</b>	18



## Neue Bücher:

<b>Vormundschaft in Deutschland</b> Trends und Perspektiven	21
<b>Machen Computer Kinder dumm?</b> Wirkung interaktiver, digitaler Medien auf Kinder und Jugendliche aus medienpsychologischer und mediendidaktischer Sicht	21



## Kommentar:

<b>Betroffenheit im Einzelfall – Wegsehen im Feld?</b>	22
--	----



## Informationen:

<b>Caritas: Integration ist zentrale Zukunftsaufgabe</b>	24
<b>Rauchen bei Jugendlichen out</b>	25

Mediation ist in den 60er und 70er Jahren vor allem in den USA verstärkt als eine Alternative zur gerichtlichen Lösungsfindung entwickelt und erfolgreich eingesetzt worden. In Deutschland fasste Mediation in den 80er Jahren Fuß. Seit den 90er Jahren etablierte sich Mediation immer mehr als erfolgreiches Instrument zur Konfliktregelung, insbesondere in Jugendhilfe und Schule.

# WAS IST MEDIATION?

## Ihr Einsatz in Jugendhilfe und Schule

Roland Proksch

Mediation ist ein zeitlich begrenztes, stufung strukturiertes, zukunftsorientiertes Konfliktregelungsverfahren. Mit Hilfe eines allparteilich und neutral agierenden Dritten, der Mediatoren, erarbeiten die Konfliktpartner selbstständig eigenverantwortete und einvernehmliche Regelungen ihrer aktuellen Konflikte. *Mediatoren arbeiten als „Brückenbauer“*. Sie fördern die Kommunikation und die Kooperation zwischen den Konfliktpartnern. Sie schaffen damit die Grundlage, zukünftige Streitfragen ebenfalls selbstständig und einvernehmlich zu regeln.

Mediatoren sind als „Mittler in Konflikten“ „Brückenbauer“ für die Konfliktpartner. Sie haben die Aufgabe, den Konfliktregelungsprozess zu strukturieren und zu moderieren.

*Ziel von Mediation* ist eine einvernehmliche, von allen Beteiligten als fair akzeptierte Konfliktregelung durch die Konfliktpartner selbst unter Beachtung ihrer Interessen, Bedürfnisse und Gerechtigkeitsvorstellungen.

### Zentrale Prinzipien von Mediation sind:

- Anwesenheit neutraler und allparteilicher Mediatoren
- Einbeziehung aller Konfliktpartner in die Lösungsarbeit
- Eigenverantwortlichkeit der Konfliktpartner bei der Lösungsarbeit
- Freiwilligkeit
- Vertraulichkeit
- Informiertheit
- Prozesshaftigkeit
- Strukturiertheit

### Mediation ermöglicht eine „Befriedigung“ auf der:

- psychologischen Ebene
- Verfahrensebene
- inhaltlich-rechtlichen Ebene

Nur wenn alle drei Bereiche gleichwertig Berücksichtigung finden, kann eine tatsächliche „Befriedigung“ entstehen bzw. eine dauerhafte Konfliktlösung erreicht werden.

## Bedeutung für Jugendhilfe und Schule

Streit und Konflikte sind alltägliche, normale Erlebnisse, gerade auch in Familien und Schule. Eltern, Kinder, Lehrer/innen und Schüler/innen üben sich täglich (erfolgreich) in dieser Kunst, häufig genug unbewusst. Und doch gibt es viele Situationen, in denen sie sich unfähig fühlen zum Ausgleich. Sie erleben Streit als Machtkampf, Gefühl von Unterlegenheit, Unverständnis. Die Beziehungen werden aggressiv, trotzig, gespannt erlebt. Situationen eskalieren, Beteiligte fühlen sich selbst verletzt.

Die Art und Weise, wie Beziehungskonflikte bearbeitet und bewältigt werden, ist für das Wohlbefinden von Eltern, Kindern, Lehrern und Lehrerinnen, Schülern und Schülerinnen mindestens so wichtig wie die konkret erarbeiteten Ergebnisse einer Konfliktregelung. *„Faires“ Streiten gibt die Chance, eine Krise positiv zu bewältigen*, einander Wertschätzung und Respekt zu zeigen, den Konfliktpartner ernst zu nehmen und so zum Kern des Konfliktes und zu einer Regelung zu gelangen. Indem die Beteiligten in Mediation gemeinsam eigene Lösungen erarbeiten, investieren sie emotional auch in den zukünftigen Erfolg dieser Vereinbarungen. Dies erklärt, warum solche Vereinbarungen auch langfristig eher eingehalten werden als gerichtliche Entscheidungen oder Vergleiche.

Sozialwissenschaftliche Forschungsergebnisse bestätigen diese Einschätzung. Sie zeigen auf, dass die Qualität von Beziehungen ganz wesentlich von der Fähigkeit der Beteiligten abhängt, ihre Konflikte individuell und eigenverantwortlich selbst zu bewältigen. Deshalb ist zur befriedenden und befriedigenden Regelung von Beziehungskonflikten ein Verfahren Voraussetzung, dass die Einübung von (neuen) Kooperations- und Kommunikationstechniken der Beteiligten mit- und untereinander fördert bzw. fördern hilft.

## Der Ansatz in der Jugendhilfe

Das verfassungsrechtlich gewährleistete Elternrecht (Art. 6 Abs. 2 GG; § 1 Abs. 2 SGB VIII) setzt voraus, dass Eltern gerade auch in Krisenfällen bereit und in der Lage sind, ihre Erziehungsrechte zum Wohle des Kindes wahrzunehmen. Hier setzen vor allem die Regelungen der §§ 17 ff., 27 ff., 42, 50, 52 SGB VIII an. Sie setzen den Leitgedanken des § 1 Abs. 3 Nr. 2 SGB VIII um, Eltern und andere Erziehungsberechtigte bei der Erziehung zu beraten und zu unterstützen.

Zur Förderung des Kindeswohls muss Jugendhilfe daher Eltern vermittelnd beraten und unterstützen, damit sie ihrer elterlichen Verantwortung – weiterhin – selbst und einvernehmlich gerecht werden können (BVerfGE 24, S. 144, 205). Hierzu sind die Eltern nach Art. 6 GG und ihm im Wortlaut folgend § 1 Abs. 2 KJHG ausdrücklich verpflichtet.

Der Einsatz der Jugendhilfe muss deshalb vorrangig Hilfe für Eltern und ihre Kinder sein, in Konfliktfällen sich selbst einvernehmlich auf „das Beste“ für ihre Kinder zu verständigen.

Diesem Anspruch will das SGB VIII gerecht werden. Beratungsangebote, wie sie vor allem §§ 17, 18, 28, 42 SGB VIII vorsehen, bilden deshalb im SGB VIII einen maßgeblichen Teil der von der Jugendhilfe gemäß § 2 SGB VIII zu erbringenden „Leistungen und anderen Aufgaben zugunsten junger Menschen und ihrer Familien“. Hier stellt Mediation eine ideale Ergänzung der „klassischen“ Intervention zur Beratung dar, Eltern in Konfliktsituationen zu einer einvernehmlichen Konfliktregelung zu führen.

Die Grenze für ihre Einigungskompetenz ist die Gefährdung des Kindeswohls gemäß § 1666 BGB. Sind die Eltern noch nicht in der Lage, einvernehmliche Lösungen selbst zu erarbeiten, sind ihnen entsprechende Beratungshilfen zu geben, die dem Ausgleich dieser Defizite dienen können, §§ 8a, 17, 27, 28 SGB VIII. Bleibt eine solche Beratung noch immer erfolglos, ist unter weitgehender Einbeziehung der Vorstellungen der Eltern und ihrer Kinder (§§ 8, 9 SGB VIII) durch das Jugendamt selbst ein Leistungsangebot zu entwickeln, das die erzieherischen und sozialen Gesichtspunkte zur Entwicklung des Kindes oder des Jugendlichen berücksichtigt.

## Der Ansatz von Mediation in der Schule

Gewalt von jungen Menschen, insbesondere von Kindern und Jugendlichen in der Schule, ist immer wieder aufs Neue Thema der Erwachsenenwelt. Jugendgewalt ist historisch gesehen jedoch nichts Neues. Sie ist kontext- und situationsgebunden

stets wiederholt aufgetreten und immer wieder mit hoher öffentlicher Aufmerksamkeit, meist negativer Art, bedacht worden.

Wichtig ist, junge Menschen möglichst frühzeitig in gewaltfreie Konfliktregelungen einzuüben. Viele Kinder, Jugendliche, Schüler/innen wissen nicht, wie sie sich in Konfliktsituationen verhalten sollen. So ist es sicher kein Zufall, dass die Diskussion über Jugendgewalt einhergeht mit der Diskussion über gewaltfreie Konfliktlösungen. „Streit-Schlichter-Programme“, Schüler-Lotsen-Projekte, „Coolness-Trainings“ und Mediation kamen in Schulen auf die Tagesordnung (vgl. Gemeinsam gegen Gewalt, Gewaltprävention und Konfliktmanagement in Regensburg. Tagungsdokumentation, München 1999; Streiten ist doof???. Interaktion und Mediation in der Grundschule, Projektbericht, Dietzenbach 1998).

### Als für Eskalationen mit Gewaltausgang entscheidende Ebenen werden betrachtet:

1. die *personale Ebene* (Lebensgeschichte der am Konflikt unmittelbar Beteiligten)
2. die *prozesshafte Ebene* (Eigendynamik des Eskalationsprozesses)
3. die *systemische Ebene* (Problemsystem Jugendhilfeeinrichtung/Familie/ andere Helfersysteme)
4. die *institutionelle Ebene* (gewaltbegünstigende Faktoren in der Organisation bzw. Kooperation der Einrichtung selbst bzw. in Zusammenarbeit dieser Institution mit anderen)

Traditionelle Interventionen durch Erwachsene – z. B. mittels Belehrung, Sanktion, administrativen Maßnahmen etc. – bleiben zu oft defizitär. Sie führen i.d.R. allenfalls zu kurzfristiger Beendigung des Konflikts, jedoch nicht zu langfristig tragfähigen und konstruktiven, gemeinsamen Konfliktregelungen. Regelungen von Konflikten und von gewaltsamen Auseinandersetzungen unter Jugendlichen geschieht durch Pädagogen oft unter Zeit-/Situationsdruck und „intuitiv“. Nach der Intervention des Pädagogen haben sich die betroffenen Jugendlichen meist nicht ausgesöhnt. Es ist kein Verständnis für die jeweiligen Anteile am Konfliktverlauf und dessen Dynamik entstanden. Jugendliche gewinnen so kein Handwerkszeug dafür, wie sie in Zukunft anders mit einem Konflikt umgehen könnten. Meist bleibt (subjektiv) ein „Verlierer“ zurück, so dass bei Regelung von Konflikten durch Erwachsenenautoritäten Zorn und Rachegefühle weiterschwellen (oder gar noch genährt werden) können und eine weitere Eskalation droht (evtl. dann außerhalb der Schule oder des Freizeitheims).

## Das Mediationskonzept

In diesem Kontext gewinnt Mediation gerade auch in den Bereichen Schule und Jugendhilfe an Interesse und Bedeutung.



### Liebe Leserinnen und Leser!

Mediation bietet ein Konzept für gewaltfreie und konstruktive Lösungen von Konflikten. Die Eigenverantwortung der beteiligten Kontrahenten wird ernst genommen, gefordert und gefördert. Kreative Wege werden mit Unterstützung des Mediators bzw. der Mediatorin entwickelt. Der Konflikt verändert sich in der Wahrnehmung und Bewertung. Lösungen bahnen sich an.

Mediation in Schule und Jugendhilfe kann helfen, jugendspezifische Konflikte anzugehen. In diesem Heft von **THEMA JUGEND** werden Expertinnen und Experten deutlich machen, wie sie Mediation verstehen. Fachkräfte in den Feldern der Kinder- und Jugendhilfe werden in dieser Ausgabe wichtige Hinweise erhalten, wie Mediation mit Jugendlichen erfolgen kann.

Allen Autorinnen und Autoren herzlichen Dank!

Ein besonderes Dankeschön an Kollegin Beate Roderigo von der AJS in Köln. Sie hat nicht nur einen Artikel beigesteuert und Literaturhinweise gegeben, sondern vor allem hat sie diesen Themenschwerpunkt mitgeplant und die redaktionelle Arbeit begleitet.

Allen Leserinnen und Lesern wünsche ich ein gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Start in das kommende Jahr!

### Herzliche Grüße aus der Redaktion

Georg Bienemann

Konfliktarbeit in Mediation bietet die Chance, Konflikte nicht nur negativ, sondern als Chance zur positiven Veränderung zu sehen, den eigenen Anteil am Konflikt zu verstehen und mit allen Beteiligten einen fairen Interessenausgleich selbst zu finden. *Mediation fördert dabei die Entwicklung neuer Verhaltens- und Bewertungsmuster, die eine kommunikative Zusammenarbeit in der fortbestehenden Beziehung ermöglichen.* Indem die Beteiligten ihre eigenen, gemeinsamen Lösungen erarbeiten, investieren sie emotional auch in den zukünftigen Erfolg dieser Vereinbarungen. Dies erklärt, warum solche Vereinbarungen auch langfristig eher eingehalten werden als gerichtliche Entscheidungen oder Vergleiche.

## Wirkungen von Mediation

Mediation wirkt positiv auf die Beziehungsstruktur der Beteiligten zueinander. Sie fördert die Akzeptanz von Vereinbarungen, unterstützt Eltern, Kinder, Lehrer/innen und Schüler/innen bei der gewaltfreien Regelung von Konflikten und entlastet dadurch Schule selbst, Jugendämter und Gerichte. Die Beteiligten erleben sich in Mediation oft seit langer Zeit zum ersten Mal wieder in einem wertschätzenden persönlichen Gespräch. Wenn sie in dieser für sie regelmäßig nicht einfachen Situation von der Mediationsperson die erforderliche „Hilfe zur Selbsthilfe“ erhalten, um ihr Gespräch konstruktiv zu führen, werden sie ermutigt, diese Situation für sich zu einem guten Ende zu führen. *Mediation hat für sie Modellcharakter für zukünftige vergleichbare Streitsituationen.*

Das positive Erlebnis motiviert zur Wiederholung. Konstruktive Kommunikation und Kooperation in Mediation führt zu zufriedenstellenden Vereinbarungen. Absprachen können getroffen werden. Akzeptanz und Wertschätzung werden gefördert, Vertrauen und gegenseitiger Respekt können sich neu etablieren. Die Beteiligten lernen gemeinsam, Konflikte zu vermeiden bzw. zufriedenstellend selbst zu bewältigen.

## Ablauf von Mediation

Mediation wird als strukturierter, mehrstufiger Prozess durchgeführt, von einer einführenden Orientierung zur Struktur- und Vertrauensbildung über die Konfliktkom-

munikation zwischen den Parteien hin zur Erarbeitung und zum Vollzug gemeinschaftlicher Konfliktregelungen.

### Stufe 1: Einführung in Mediation/Schaffung von Vertrauen/Vereinbarung zur Mediation

Diese Stufe dient:

- der Vertrauensbildung zur Mediatorin/zum Mediator;
- der Darstellung des Mediationsprozesses gegenüber den Parteien, seiner Notwendigkeit, Voraussetzungen und Grenzen;
- der Einführung in Mediation mit ihren Notwendigkeiten, Voraussetzungen und Grenzen;
- der Schaffung von zufriedenstellenden Kommunikations- und Kooperationsstrukturen;
- der Definition der Rolle der Vermittlerin/des Vermittlers und der Streitpartner;
- der Einführung von Grundregeln;
- der Klärung des Mediationsauftrages;
- der Vereinbarung zu Mediation.

Am Ende der ersten Stufe sollen die Beteiligten ein klares Verständnis von Ziel, Zweck, Grundsätzen und Prinzipien, aber auch der Grenzen von Mediation haben und demzufolge in der Lage sein zu entscheiden, ob sie Mediation durchführen wollen.

Eine Entscheidung zur Mediation muss von allen Beteiligten getragen werden. Entschließen sie sich dagegen, so heißt das nicht, dass den Parteien nur noch der gerichtliche Weg bleibt.

### Stufe 2: Darstellung von Tatsachen, Fakten, Hintergründen, Erarbeiten der Streitfragen/Positionen/Interessen

Diese Stufe dient:

- der gleichmäßigen Informationsmediation und Klarstellung der wesentlichen Streitfragen;
- der Erarbeitung aller relevanten Verhandlungspunkte, Fakten, Hintergründe, Streitfragen;
- der Ermittlung von Positionen und Interessen.

Auf eine Ermittlung der Ursachen der Konflikte wird verzichtet.

Diese Stufe der Mediation ist beendet, wenn die Beteiligten alle maßgeblichen Tatsachen, Fakten, Hintergründe, Streit-

fragen, Positionen und Interessen offenlegt und zusammengestellt haben.

### Stufe 3: Erarbeiten von Prioritäten, Optionen und Alternativen

Diese Stufe dient:

- der Erarbeitung von Prioritäten der Interessen;
- der Darstellung realistischer Optionen;
- der Entwicklung von Alternativen.

Diese Stufe berührt die entscheidende Frage, wie die Parteien das, was sie zu tun wünschen, in der effektivsten Art erreichen können. Die formulierten Streitpunkte sollen in Verhandlungen aufgelöst, die wechselseitigen Interessen dargestellt werden.

*Diese Stufe des Mediationsprozesses fordert sowohl die höchste Aktivität und Kreativität als auch das höchste Einfühlungsvermögen.* Gegenseitige und vergangenheitsorientierte Schuldzuweisungen sollen vermieden werden. Sie blockieren die Verhandlungen. Dabei können zukunftsorientierte Fragen hilfreich sein, die sich auf Erfahrungen, die Dauer des Konfliktes sowie die Intensität der Gefühle beider Seiten beziehen.

Die Stufe ist beendet, sobald alle denkbaren Optionen und Alternativen erarbeitet und Prioritäten festgehalten worden sind.

### Stufe 4: Verhandlung und Entscheidung

Zu diesem Zeitpunkt suchen sich die Beteiligten eine oder mehrere Optionen gemeinsam aus, über die sie zu einer gemeinsamen Entscheidung zu kommen wünschen. Häufig werden sie in dieser Stufe des Mediationsprozesses die vermittelnde Person um ihre Meinung angehen, um sich daran auszurichten. Da Vermittler jedoch keine Entscheidung für die Beteiligten zu treffen haben, können sie deren Entscheidungsfindung nur durch zusätzliche Informationen erleichtern. Dabei ist darauf zu achten, dass nicht Vorurteile oder Einseitigkeiten entstehen.

Der Mediator/die Mediatorin muss hier weiter geduldig arbeiten, er/sie darf auf die Parteien keinen Druck in Richtung Entscheidungsfindung ausüben. Er/sie muss auch dafür sorgen, dass kein solcher Druck unter den Beteiligten entsteht.

Die Stufe ist beendet, sobald die Beteiligten eine einvernehmliche Entscheidung getroffen haben, zu der sie beide gleichermaßen stehen können oder sobald feststeht, ob eine Weiterführung der Mediation zurzeit nicht (mehr) angezeigt ist. Vor Beendigung der Stufe ist sicherzustellen, dass beide Beteiligten in der Lage sind, eigenverantwortlich die von ihnen gewünschte Entscheidung zu treffen. Sollte eine der Beteiligten hierzu (noch) nicht in der Lage sein, ist die Sitzung zu unterbrechen, auszusetzen, und sind sie zu ermutigen, in der

## Zu den Fotos in diesem Heft

In „**Lenz – Das junge Magazin**“ der Westfälischen Nachrichten (vom 20. Oktober 2006) wird über die Streitschlichter und Streitschlichterinnen des Gymnasiums Paulinum in Münster berichtet. Michaela Töns von der Redaktion Lenz machte dort Fotos und stellte sie auch **THEMA JUGEND** zur Veröffentlichung zur Verfügung.

Die Redaktion bedankt sich!

Zwischenzeit durch Informationen ihre Entscheidungsfindung zu verbessern.

### Stufe 5: Festhalten der erzielten Vereinbarungen

Diese Stufe dient der endgültigen Absicherung der zuvor getroffenen Entscheidung, grundsätzlich durch schriftliche Fixierung, welche die Beteiligten befähigt, ihre Entscheidung auch außerhalb der Mediationsräume exakt überprüfen zu lassen. Die Unterschrift der Beteiligten unter ihre gemeinsam getroffene Vereinbarung hat für sie eine hohe (symbolische) Bedeutung, was bei der Arbeit der Mediation zu berücksichtigen ist.

### Stufe 6: Rechtliche Überprüfung, Verfahrensbeendigung

Eine rechtliche Überprüfung der getroffenen Vereinbarungen erscheint grundsätzlich in allen Fällen angebracht, um Unsicherheiten auszuräumen oder aber auch die Ausräumung nachträglich erkannter Unstimmigkeiten zu ermöglichen. Diese rechtliche Überprüfung hat grundsätzlich durch den jeweiligen Rechtsanwalt der Beteiligten und danach – soweit notwendig – von dem entscheidenden Gericht oder dem beurkundenden Notar zu erfolgen.

### Stufe 7: Vollzug der Vereinbarung, Überprüfung und Veränderung

Während dieser letzten und entscheidenden Stufe des Mediationsprozesses versuchen die Beteiligten, ihre Vereinbarung zu vollziehen. Hier zeigt sich, ob die Mediationsvereinbarung praxistgerecht ist. Die vermittelnde Person muss hier zur Verfügung stehen, um den Beteiligten Gelegenheit zu geben, ihre in der Praxis gewonnenen Erfahrungen mit ihrer Vereinbarung in Einklang zu bringen oder ihre Vereinbarung zu verändern. Die Parteien sollen wissen, dass jede Vereinbarung immer nur im konkreten zeitlichen und lebensorientierten Kontext funktionieren kann.

In diesem – noch nicht völlig abgeschlossenen – Prozessstadium wird die präventive Leistung von Mediation wichtig, wenn die Parteien in die Lage versetzt worden sind, Unstimmigkeiten oder Veränderungen durch eigenverantwortliche Kooperation und Kommunikation ohne Mediation zu erledigen. *Grundsätzlich ist die Vollzugsphase die Zeit, in der die Beteiligten ihre Vereinbarung „erleben“.* Sobald eine gewisse Gewöhnung an die Vereinbarung gefunden worden ist, kann die Mediation endgültig als beendet verstanden werden.

### Qualifikation und Ausbildung

Mediationseffekte hängen ganz entscheidend – nicht anders übrigens als bei Therapie oder Beratung – von der Qualifikation bzw. der Kompetenz der Media-



tionsfachkräfte ab. Dementsprechend werden hohe Anforderungen an Ausbildung und Fortbildung der Mediatoren gestellt. Ausbildungsordnungen mit curricularen Standards helfen, eine entsprechende professionelle Kompetenz zu erlangen und zu sichern. Sie erscheinen umso unverzichtbarer zu werden, je vielfältiger Angebote zur Ausbildung von Mediatoren sind. Ausbildungsordnungen von anerkannten Verbänden, wie z.B. der Bundesarbeitsgemeinschaft für Familien-Mediation, die gleichzeitig auch die Qualifikation von Ausbildnern im Blick behalten, können dabei als Vergleichsmaßstab herangezogen werden (vgl. dazu Ewig, Mediations-Guide 2002, 2. Auflage, Köln 2002, 307 ff.).

Mediatoren und Mediatorinnen sollen aus einem psycho-sozialen, (sozial-)pädagogischen oder juristischen Grundberuf kommen und darin einschlägige Berufserfahrung gewonnen haben.

Mediatoren und Mediatorinnen sollen – über die Voraussetzung einer fundierten Ausbildung in Mediation hinaus – weiter in folgenden Bereichen über einschlägige Grundkenntnisse verfügen:

- Interventions- und Kommunikationstechnik
- Konflikttheorien und Konfliktlösungstechniken
- Situation von Eltern und Kindern in der Familie und bei Trennung und Scheidung
- System Familie

- Familien-, Kindschafts- und Jugendhilfe-recht
- Steuer- und Sozialrecht bei Trennung und Scheidung.

Da Mediatoren und Mediatorinnen aus unterschiedlichen Berufen kommen, sollte die Ausbildung zum/zur Mediator/in zusätzlich ein spezialisiertes Programm enthalten, das die jeweils berufsfremden Fachbereiche abdeckt.

Nicht ausreichend qualifizierte bzw. nicht ausreichend qualifiziert tätige Mediatoren und Mediatorinnen schaden nicht nur den Medianten, sie schaden auch der Akzeptanz und Verbreitung von Mediation selbst.

## Perspektiven von Mediation

Konflikte und Verfahren der Konfliktregelung beinhalten Chancen und Risiken für die Betroffenen. Eine der Chancen besteht darin, dass die Beteiligten ein faires Ergebnis finden, das ihren Interessen und Bedürfnissen gerecht wird und für alle ein Gewinn ist, dass sie an ihrer Konfliktregelungsarbeit „wachsen“ und an Selbstsicherheit und Selbstvertrauen gewinnen. Eines der Risiken ist, dass das Ergebnis nur für eine Konfliktperson ein Gewinn ist

und die andere zur Verliererin macht oder dass das Ergebnis für beide unbefriedigend ist. Solche Risiken lassen sich nicht vermeiden. Der Selbstbestimmung steht die Selbstverantwortung für das Risiko gegenüber. Risiken lassen sich aber vermindern, wenn die außergerichtliche Konfliktregelungsarbeit nach Verfahren, Inhalt und Struktur professionell geleistet wird.

Wesentlich ist, dass alle Beteiligten/Verantwortlichen in Jugendhilfe und Schule Mediation wollen und konsequent umsetzen. Mediation darf nicht den Charakter eines „Sonderprogrammes“ haben, das von einigen geschulten Mediatoren umgesetzt wird. Die Prinzipien von Mediation müssen sozusagen „den Geist“ in den Einrichtungen spiegeln.

Gewaltfreie, eigenverantwortliche Konfliktregelungsarbeit würde dann mehr in das Bewusstsein von Konfliktpartnern und ihren Beratern dringen. In mehr Konflikten könnten durch die Hilfe professioneller „Mediatoren“ interessen- und bedürfnisgerechte Konfliktregelungen erreicht werden. Das dient den Fach- und Lehrkräften in Jugendhilfe und Schule, aber vor allem den Kindern, Jugendlichen, Schülerinnen und Schülern selbst.

## Literatur:

- Blankenburg, Erhard/Stock, Johannes, Prognos AG Basel. Prognosstudie: Sekundäranalyse der Literatur zur außergerichtlichen Streitbeilegung im Auftrag des Bundesministeriums der Justiz, Endbericht, Basel 1999.
- Ewig, Eugen (Hrsg.): Mediations-Guide 2002, Centrale für Mediation, 2. Auflage, Köln 2002.
- Faller, Kurt: Mediation in der pädagogischen Arbeit, Bochum 1998.
- Gemeinsam gegen Gewalt, Gewaltprävention und Konfliktmanagement in Regensburg. Tagungsdokumentation, München 1999.
- Hagedorn, O.: Konfliktlotsen, Stuttgart 1994.
- Proksch, Roland: Praxiserprobung von Vermittlung (Mediation) in streitigen Familiensachen. Pilotstudie, Band 159.1 der Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bonn 1998.
- Proksch, Roland: Kooperative Vermittlung (Mediation) in streitigen Familiensachen. Praxiseinführung und Evaluation von kooperativer Vermittlung (Mediation) zur Förderung einvernehmlicher Sorge- und Umgangsrechtregelungen und zur Entlastung der Familiengerichtbarkeit. Hauptstudie, Band 159.2 der Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Stuttgart, Berlin, Köln 1998.
- Streiten ist doof???. Interaktion und Mediation in der Grundschule, Projektbericht, Dietzenbach 1998.

**Professor Dr. jur. Roland Proksch ist Professor für Familien- und Sozialrecht an der Evangelischen Fachhochschule Nürnberg. Seit 1988 ist er – nach Ausbildungen in den USA mit dem Schwerpunkt Konfliktregelung durch Mediation – als Praxisberater, Ausbilder und in der anwendungsbezogenen Mediationsforschung tätig.**



In deutschen Schulen werden häufig Schülerinnen und Schüler in die Konfliktbearbeitung einbezogen. Als Peer-Mediatoren übernehmen sie hier eine wichtige Aufgabe. Allerdings zeigt die Praxis nach Auffassung der Autorin, dass in vielen Fällen Konflikte auf die Kinder verlagert werden. Sehr problematisch ist, wenn Ansätze der Konfliktbearbeitung mit Projekten der Gewaltprävention verbunden werden. Dies widerspricht (so die Autorin) der Idee der Schulmediation.

# MEDIATION IN SCHULEN

Christiane Simsa

Schulmediation kann in Deutschland auf eine inzwischen über 10-jährige Geschichte zurückblicken. Es begann Anfang der 1990er Jahre mit der Ausbildung von Schülern und Schülerinnen zu Konfliktlotsen; heute gibt es in fast jedem Bundesland Projekte der Mediation an Schulen.

Die Ziele, die mit Schulmediation verfolgt werden, sind vielfältig. Sie reichen von Ansätzen des Sozialen Lernens bis hin zu Konzepten der Gewaltprävention. Während einige Programme sich eher auf die konstruktive Bearbeitung aktueller Konflikte konzentrieren, versuchen andere Projekte, die Konfliktkultur in der Schule zu verändern und damit das Schulklima langfristig zu verbessern.

Die unterschiedlichen Anliegen, die Schulen mit der Einführung von Mediation verbinden, beeinflussen die Gestaltung der Vorhaben, was etwa die Zielgruppen und die Standards der Ausbildung betrifft. *Im Mittelpunkt der Mediation an deutschen Schulen steht der Einbezug von Schülern und Schülerinnen in die Konfliktbearbeitung.*

## Peer-Mediation

Der Gedanke der Peer-Mediation beruht auf der Tatsache, dass Kinder und Jugendliche oftmals besser durch Gleichaltrige „erzogen“ werden können als durch Erwachsene. Schüler und Schülerinnen sind näher am Konfliktgeschehen und vertrauter mit den Problemen ihrer Mitschüler und Mitschülerinnen. Sie können deshalb pragmatischere Lösungen für den Umgang mit Konflikten finden als Lehrkräfte oder die Schulleitung.

Peer-Mediation in der Schulpraxis beinhaltet unterschiedliche Programme. Teilweise werden nur ausgewählte Schüler und Schülerinnen ausgebildet, teilweise durchlaufen ganze Klassen oder Jahrgänge ein Training in konstruktiver Konfliktbearbeitung. In einigen Schulen ist Peer-Mediation räumlich und zeitlich fest integriert. Es gibt Projekte, die auf Freiwilligkeit der Schüler und Schülerinnen bauen, aber auch Ansätze, die Mediation als Unterrichtsfach mit entsprechender Benotung anbieten. Die

Ausbildung der Schüler und Schülerinnen erfolgt durch schulinterne oder -externe Trainer/innen und umfasst Stunden, Tage, bisweilen auch ein ganzes Schuljahr. In den meisten Schulen gibt es zumindest eine Lehrkraft, die sich für die Betreuung der Peer-Mediation verantwortlich zeigt.

Schulen begründen die Implementation von Peer-Mediation mit dem Wunsch, Schülern und Schülerinnen soziale Schlüsselkompetenzen zu vermitteln und ihre Fähigkeiten zur gewaltfreien Bearbeitung von Konflikten zu fördern. *In der Praxis zeigt sich jedoch, dass in vielen Fällen Konflikte lediglich auf die Kinder und Jugendlichen verlagert werden.* Schülermediatoren werden mit zusätzlichen (Ordnungs-)Aufgaben, z.B. als Tutoren, belastet.

Bei den aktiven Peer-Mediatoren handelt es sich meistens um ältere Jugendliche, die bei Konflikten der Jüngeren vermitteln. Die Peer-Mediation ist oftmals in Händen von Schülerinnen; Schüler oder Schülerinnen mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen finden sich eher selten.

Schüler und Schülerinnen berichten vielfach, dass ihr Engagement vom Lehrerkollegium, aber auch von Mitschülern und Mitschülerinnen nicht ernst genommen werde.

## Gewaltprävention

Schulmediation wird überwiegend mit dem Ziel verbunden, Gewalt an Schulen zu verhindern oder zu vermindern. *Es gibt Hinweise aus der Präventionsforschung, dass das Klima an einer Schule das Entstehen von Gewalt positiv oder negativ beeinflussen kann.* Präventiv wirken der Aufbau einer sozialen Identität in der Schule, ein anerkanntes Norm- und Wertesystem, die Möglichkeit sozialen Lernens, das Vermitteln positiver Leistungs- und Selbstkonzepte sowie, nicht zuletzt, ein gutes Verhältnis zwischen Schülern bzw. Schülerinnen und den Lehrkräften.

Mediation, die auf den Grundprinzipien Wertschätzung, Empathie, Akzeptanz und Toleranz beruht, und die grundlegenden Regeln der Freiwilligkeit, Selbstverantwort-

lichkeit und Vertraulichkeit beachtet, kann sicherlich einen Beitrag zur Gewaltprävention leisten. Wissenschaftlich haltbare Beweise für einen positiven Zusammenhang zwischen Mediation und Gewaltprävention gibt es allerdings bisher nicht.

In der Praxis verbinden Schulen zunehmend Ansätze konstruktiver Konfliktbearbeitung mit *Projekten der Gewaltprävention, die der Idee der Schulmediation widersprechen.* Schüler und Schülerinnen werden zu Objekten fremdbestimmten Handelns und einseitig zu Problemverursachern erklärt (Beispiel: Arizona-Zimmer) oder in entwürdigender Art und Weise behandelt (Beispiel: Anti-Aggressivitäts-Training mit „Heißem Stuhl“) oder sogar mit dem Label „Täter“ oder „Opfer“ etikettiert. Anliegen der Schulmediation sollte jedoch sein, Schüler und Schülerinnen an den sie betreffenden Entscheidungen partizipieren zu lassen und ihnen im Konfliktfall die eigenverantwortliche Bearbeitung ihres Problems einzuräumen.

## Erfolgskonzepte

Alle Studien zu positiven und negativen Erfahrungen bei der Implementierung von Mediation an Schulen kommen zu relativ einheitlichen Empfehlungen.

Mediation braucht Zeit und Raum, aber auch die Akzeptanz und Unterstützung aller Schulseitigen. Schulleitung und verschiedene Funktionsträger müssen das Projekt aktiv fördern. Die gesamte Schulgemeinschaft, auch Erziehungsberechtigte und Eltern, sollten kontinuierlich informiert und in den Umsetzungsprozess einbezogen werden. Nicht nur im Leitbild der Schule muss die konstruktive Konfliktbearbeitung verankert werden, sondern auch im Schulalltag einen festen Platz finden. *Die Praxis der Mediation muss offen und klar geregelt sein, z. B. wer wen medieren darf, wie es mit dem Prinzip der Freiwilligkeit aussieht und welche Konflikte für die Mediation geeignet erscheinen bzw. in welchen Fällen auf die herkömmlichen Sanktionen zurückgegriffen werden soll.* Nicht zuletzt sollten bestimmte Standards und Ausbildungsrichtlinien für Schulmediation beachtet werden.

Schulen, die konstruktive Konfliktbearbeitung mit Elementen des Sozialen Lernens, der Demokratieerziehung und der Gewaltprävention zu einem einheitlichen Gesamtkonzept verbinden, können mit dem Mediationsprojekt eine übergreifende Veränderung erreichen.

## Einige zusammenfassende Anmerkungen

- 10 Jahre Erfahrungen mit Mediation in unseren Schulen zeigen zunächst ein ernüchterndes Bild. Viele Projekte, die mit guten Absichten und großem Engagement begonnen wurden, hatten langfristig keinen Bestand oder kämpften um ihr Überleben.

- Es gibt dennoch hervorragende Beispiele für das Potential von Schulmediation, wenn sie behutsam und nachsichtig implementiert wird.
- Mediation bedarf eines Überdenkens der Schulphilosophie insgesamt, aber auch des Veränderungswillens der einzelnen Schule.
- Kinder und Jugendliche müssen als Mitbürger und Mitbürgerinnen anerkannt werden. Die Verantwortlichkeit für die Bearbeitung ihrer eigenen Konflikte muss mit der Partizipation an den für sie wichtigen Entscheidungen einhergehen.
- Die konstruktive Bearbeitung von Konflikten darf nicht am Schultor stehen bleiben; nicht zuletzt sind es die Erwachsenen, die mit gutem Vorbild gewaltfreie Kommunikation vorleben sollten. ■

#### Literatur:

Behn, Sabine/Kügler, Nicole/Lembeck, Hans-Josef/Pleiger, Doris/Schaffranke, Dorte/Schroer, Miriam/Wink, Stefan: Mediation an Schulen. Eine bundesdeutsche Evaluation, Wiesbaden 2006.  
 Bundesverband Mediation e.V. (Hrsg.): Standards und Ausbildungsrichtlinien für Schulmediation, Kassel 2002.  
 Schubarth, Wilfried: Gewaltprävention in Schule und Jugendarbeit. Theoretische Grundlagen, Empirische Ergebnisse, Praxismodelle, Neuwied/Kriftel 2000.  
 Simsa, Christiane: Mediation in Schulen. Schulrechtliche und pädagogische Aspekte, Neuwied/Kriftel 2001.

**Dr. Christiane Simsa M. A. ist Professorin an der Evangelischen Fachhochschule Ludwigshafen und leitet dort den berufsbegleitenden Weiterbildungsstudiengang Mediation.**

**Was interkulturelle Konflikte sind, wie sie entstehen und wie Mediation auszu- sehen hat, darum geht es der Autorin. Mediatoren müssen über spezifische Kompetenzen verfügen. Dazu gehört auch eine interkulturelle Sensibilität. Kontextualisierung, also das Verstehen kulturell bedingter Verhaltensweisen und das Erkennen der dahinter liegenden Bedürfnisse, gehört zu den wichtigen Herausforderungen einer interkulturellen Mediation. Besonderes Augenmerk ist auf ein mögliches Machtungleichgewicht zu richten. Innerhalb der Mediation ist ein solches Machtgefälle bewusst zu machen und durch gezielte Interventionen zu verkleinern, indem der/die Schwächere besonders unterstützt wird.**

# WEGE VERÄNDERN

## Interkulturelle Mediation

Beate Roderigo

■ In jüngster Zeit ist viel die Rede vom Einwanderungsland Deutschland. Zögerlich und mit großer Verspätung – schließlich trafen die ersten so genannten „Gastarbeiter“ bereits vor mehr als einem halben Jahrhundert in der Bundesrepublik ein – scheint sich diese Erkenntnis nun auch in der aktuellen politischen Debatte um Migration und Integration durchzusetzen.

Für die Jugend- und Bildungspolitik in Deutschland bedeutet dies eine große Herausforderung, die sich bei näherer Betrachtung als wahre Herkulesaufgabe entpuppt. Einerseits müssen die Folgen der Zuwanderung und die damit verbundenen Konflikte bewältigt und andererseits alltagstaugliche Perspektiven für die Kinder und Jugendlichen aus Migrantenfamilien entwickelt werden, deren Anteil an der Jugend in Deutschland laut Bildungsbericht 2006 inzwischen mehr als ein Viertel (27,2 %) beträgt. Die jüngste PISA-Studie geht bei ihren Berechnungen sogar davon aus, dass der Anteil 15-jähriger Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund an nordrhein-westfälischen Schulen inzwischen bei 29,6 % liegt.

*Vor dem Hintergrund dieser Zahlen kommt der Jugend- und Bildungspolitik eine Schlüsselfunktion für das Gelingen gesellschaftlicher Integration zu. Der Bildungsbericht weist darauf hin, dass angesichts der demographischen Entwicklung in Deutschland die „Förderung und (Aus)Bildung junger Migrantinnen und Migranten – als Kinder der einzig wachsenden Bevölkerungsgruppe – für künftige Produktivität und gesellschaftlichen Wohlstand von großer Bedeutung“<sup>1</sup> sind. Förderung und Bildung setzen jedoch voraus, dass existierende Benachteiligungen identifiziert und beseitigt werden, zukünftige Ausgrenzungen verhindert und Lösungen für die spezifischen Probleme von Migrantenkindern und -jugendlichen gefunden sowie gerechte Ausgangsbedingungen für alle geschaffen werden. Dabei müssen sowohl die*

bestehenden Konflikte gelöst als auch die mit einer solchen gesellschaftlichen Umwälzung einhergehenden neuen Konflikte bewältigt werden.

### Interkulturelle Konflikte

In vielen Städten Deutschlands gibt es aufgrund der Bevölkerungsstruktur und der sozialen Bedingungen ein ständig wachsendes Konfliktpotential. Eine hohe Arbeitslosigkeit mit der Folge vieler einkommensschwacher und sozial benachteiligter Familien, fehlende Ausbildungsplätze für die Jugendlichen, schlechte Wohnbedingungen und Infrastrukturen, ungerechte Ressourcenverteilung sowie ein überproportional großer Anteil der Wohnbevölkerung mit Migrationsgeschichte bilden unter anderem den Nährboden dafür. Es sind besonders die Kinder und Jugendlichen, die unter diesen Bedingungen und den fehlenden Zukunftsperspektiven leiden. Sie tragen die Konflikte nicht selten untereinander aus, auch indem sie sich zu ethnisch homogenen Gruppen zusammenschließen, um sich auf diese Weise wenigstens gegenseitig ein Gefühl von Sicherheit und Identität in einer feindlichen Welt vermitteln zu können.

*Oft sind es die Schulen, in denen diese Auseinandersetzungen dann in zugespitzter und eskalierender Weise zum Ausbruch kommen. Der Schulalltag ist aber nicht nur von gewaltsamen Auseinandersetzungen, sondern auch von anderen konfliktverursachenden Migrationsfolgen geprägt. Interkulturell motivierte Konflikte entstehen zum Beispiel auch dann, wenn schulische Anforderungen mit Regeln der Herkunftsgesellschaft bzw. -religion der Migrantenfamilien kollidieren. Diese entzündeten sich an der Teilnahme muslimischer Mädchen am Schwimm- und Biologieunterricht bzw. an gemeinsamen Klassenfahrten oder am Tragen von Kopftuch und Burka im Unterricht, um nur einige wenige Beispiele zu nennen.*



Allgemein gilt, dass von interkulturellen Konflikten immer dann gesprochen werden kann, wenn Normen und Werte der Herkunftsgesellschaft (z.B. die Ehre der Familie) mit den Normen und Werten der Aufnahmegesellschaft (z.B. das Selbstbestimmungsrecht junger Frauen) in Konflikt geraten, wobei Form, Inhalt und Struktur dieser Konflikte sehr unterschiedlich sein können.

Generell ist es schwierig, den tatsächlichen Einfluss kultureller Faktoren auf die Konfliktsituation zu bestimmen. Dies ergibt sich aus dem Problem, dass kulturelle Unterschiede im Rahmen einer Interaktion nicht direkt beobachtet, sondern nur im Rückblick auf das wahrgenommene Verhalten analysiert werden können. Dadurch besteht die Gefahr, dass grundsätzlich alle Verhaltensunterschiede als kulturell bedingt eingeordnet und damit scheinbar erklärbar gemacht werden.

Wenn das Kriterium „Kultur“ unreflektiert als Erklärung für einen Konflikt dient, werden die eigentlichen Ursachen möglicherweise übersehen. Dabei kann es sich unter anderem um die Verletzung von Gefühlen oder die Nichtberücksichtigung von Wünschen und Bedürfnissen handeln, die allgemein menschlicher Natur und nicht durch kulturelle Unterschiede determiniert sind.

Andererseits ist nicht zu leugnen, dass der Faktor „Kultur“ als Einflussgröße einen Konflikt auslösen bzw. ein Konfliktgeschehen auf verschiedenen Ebenen beeinflussen kann. Ursache hierfür sind interkulturelle Missverständnisse, die dadurch entstehen können, dass sich Menschen mit verschiedenen kulturellen Hintergründen in ihrem Denken, Fühlen und Handeln unterscheiden. Die Vielfalt und Komplexität des Konfliktfeldes kennzeichnet also den Ausgangspunkt für die gesellschaftliche „Herkulesaufgabe“ und muss bei der Wahl der Mittel und Wege zu ihrer Bewältigung berücksichtigt werden.

## Interkulturelle Mediation

Einen dieser Wege bietet die Methode der interkulturellen Mediation, die als eine Sonderform der klassischen Mediation betrachtet werden kann. Irreführend wäre allerdings die Annahme, dass es sich dabei um ein eindeutig definiertes und gegenüber anderen Anwendungsbereichen klar abgegrenztes Instrumentarium handeln würde. Interkulturelle Mediation entspricht vielmehr selbst „einer Suchhaltung, einer Aufforderung zu einem Experiment.“<sup>2</sup> Sie ist mehr als nur Mediation plus Kultur, denn sie erfordert aufgrund der spezifischen Dynamik kultureller Differenzen ein mehrdimensionales Vorgehen.

Die in den siebziger Jahren in den USA entstandene und später auch in anderen westlichen Demokratien weiterentwickelte und erprobte Methode der Mediation lässt sich nicht in jedem Falle und ohne weitere Modifikationen auf interkulturelle Konflikt-

konstellationen übertragen. Ein besonders kritischer Aspekt ist hierbei das Risiko der ungleichen Machtverteilung zwischen den Konfliktparteien. Die Prämissen der Mediation beruhen auf den Idealen der weißen Mittel- und Oberschicht in den USA. Da es sich dabei um die Gruppe mit der größten gesellschaftlichen und politischen Macht handelt, sind alle anderen gesellschaftlichen Gruppen gezwungen, sich den Regeln und Normen dieser Mächtigen unterzuordnen, was natürlich auch für die Mediationsregeln gilt.

Die Mediationsmethode muss daher für den interkulturellen Bereich modifiziert werden und von einem eigenen Ansatz ausgehen. Für den Mediator oder die Mediatorin ist es hilfreich über einige spezifische Kompetenzen zu verfügen. Hierzu gehören Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten, die unter dem Stichwort „Interkulturelle Kompetenz“ zusammengefasst werden. Als entscheidende Voraussetzung für den Erfolg einer Mediation wird das Vorhandensein von „interkultureller Sensibilität“ angesehen, d.h. die Bereitschaft zu einem beständigen Hinterfragen und Überprüfen des eigenen kulturellen Bezugssystems. Es geht vor allem darum, die eigenen Bilder und Vorurteile, verinnerlichte Klischees und Stereotype bewusst zu machen, da diese als Wahrnehmungsschablonen die individuellen Unterschiede zwischen den Konfliktbeteiligten verdecken und dadurch zum Scheitern der Mediation beitragen können. Wenn man sich Wahrnehmungsschablonen als kognitive Schubladen vorstellt, wird ihr Dilemma besonders deutlich. Einerseits schaffen sie Ordnung in einer immer komplexer werdenden Welt und erleichtern uns dadurch die Orientierung, andererseits besteht durch sie die Gefahr der falschen Zuordnung mit all ihren negativen Konsequenzen (z.B. vergessen, nicht mehr wiederfinden, falsch behandeln). Wer sich einmal in einer solchen Schublade wiederfindet, weiß wie schwer es ist, dort wieder herauszukommen.

Ein wichtiger Aspekt im Bereich der interkulturellen Mediation ist die so genannte „Kontextualisierung“ des Verhaltens der Konfliktbeteiligten. Es wird versucht, kulturelle Begründungen für das Verhalten so weit zu reduzieren, dass nur noch die dahinterliegenden allgemein menschlichen Interessen und Bedürfnisse stehen bleiben. Dabei geht es um die Art und Weise, wie die Betroffenen ihren jeweiligen kulturellen Hintergrund in die Bearbeitung des Konfliktes mit einbeziehen, um ihn für alle bewusst und verstehbar zu machen. Ziel ist es, für die konkrete Situation in der Mediation Verhaltensregeln aufzustellen, die für alle Beteiligten akzeptabel sind. Durch die Berücksichtigung und die gegenseitige Akzeptanz ihrer unterschiedlichen kulturellen Wurzeln können sie entscheiden, ob sie sich weiter wie gewohnt verhalten oder ob sie von diesem üblichen Verhalten, das immer wieder zu Konflikten führt, Abstand

nehmen wollen, um sich auf eine gemeinsame Lösung zu einigen.

In der interkulturellen Mediation wird den Konfliktparteien die Möglichkeit geboten, auf der Basis von gegenseitiger Anerkennung und Gerechtigkeit einen eigenen Verhaltensraum zu schaffen, für den sie gemeinsame Regeln und Grenzen definieren. Dabei werden natürlich auch die kulturell bedingten Vorstellungen von adäquaten Formen der Konfliktbearbeitung mit einbezogen. Die Schaffung einer solchen, jedem einzelnen Mediationsverfahren angemessenen Konfliktkultur ist die Besonderheit der interkulturellen Mediation.<sup>3</sup>

So sucht die interkulturelle Mediation zum Beispiel bei Konflikten mit gläubigen Muslimen nach einem „dritten Weg“, wobei es vor allem auf den gegenseitigen Respekt ankommt. Wenn muslimische Eltern ihre Tochter nicht zum Schwimmunterricht schicken wollen, dann sind keine Zwangsmaßnahmen, sondern kreative Lösungen gefragt. Die Beziehung zwischen Lehrenden und Eltern muss stimmig sein, und auf dieser Basis besteht dann die Möglichkeit, einen gemeinsamen Weg zu finden, indem man etwa eine besondere Kleiderordnung für den Schwimmunterricht aushandelt. Zur Herstellung einer solchen stimmigen Beziehung zwischen den Kontrahenten kann die interkulturelle Mediation einen wesentlichen Beitrag leisten.

## Der Aspekt des Machtungleichgewichts

Besonderes Augenmerk sollte in der interkulturellen Mediation auf ein mögliches Machtungleichgewicht zwischen den Kontrahenten gerichtet werden, da es den Mediationsprozess behindern bzw. das Auffinden einer konstruktiven Konfliktlösung gänzlich verhindern könnte. Ein solches Ungleichgewicht ist häufig bereits dadurch gegeben, dass die Konfliktparteien über unterschiedliche sprachliche Kompetenzen verfügen. Sprache ist soziales Werkzeug und Machtinstrument zugleich. Handelt es sich um einen Konflikt zwischen einem Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft und einem Mitglied einer Minderheitenkultur ist die sprachliche Ungerechtigkeit in der Regel besonders ausgeprägt. Darüber hinaus müssen sich die Mediatorinnen und Mediatoren auf die Befürchtungen einstellen, dass sie als Angehörige der Mehrheitskultur wahrgenommen und deshalb nicht als unvoreingenommen und allparteilich angesehen werden.

In der Mediation müssen solche Machtgefälle bewusst gemacht und durch entsprechende Interventionen (Hinzuziehung von Dolmetschern, Einsatz von Mediatorinnen und Mediatoren mit Migrationshintergrund, getrennte Gespräche mit den Konfliktparteien, Kompensation von Wis-

senslücken usw.) ausbalanciert werden. Der aktive Machtausgleich durch die Unterstützung der Mediatorin für die schwächere Seite, wie es in der allgemeinen Mediation vielfach praktiziert wird, ist für den interkulturellen Bereich umstritten. Wenn die kulturelle Differenz auf diese Weise ausgeglichen wird, kann es während der Mediation zu einer den gesellschaftlichen Verhältnissen entgegengesetzten Machtverteilung kommen. *Da ein durch diese einseitige Unterstützung geschaffenes Machtgleichgewicht außerhalb der Mediation nicht existiert, wird die in der Mediation entwickelte Lösung mit großer Wahrscheinlichkeit nicht von Bestand sein.* Denn diese geht von „unrealistischen Bedingungen aus, die im realen Leben der Kontrahenten nicht gegeben“ sind.

*Ebenso wenig hilfreich ist es, wenn Mediatorinnen und Mediatoren nicht deutscher Herkunft zum Ausgleich der Machtverhältnisse auf ihren Migrationshintergrund reduziert werden. Unbestreitbar ist allerdings auch, dass sich der kulturelle Hintergrund der Mediatorinnen und Mediatoren positiv auf die Konfliktparteien und das Mediationsgeschehen auswirken kann, da er dazu beiträgt, kulturell bedingte Verhaltensweisen besser zu verstehen und einzuordnen. Darüber hinaus können Mediatorinnen und Mediatoren mit eigener Migrationsbiographie als Vorbild wirken.* Sie können von den Konfliktbeteiligten als Menschen wahrgenommen werden, die es in diesem Land trotz oder gerade auch wegen ihrer kulturellen Herkunft zu etwas gebracht und einen Weg zur Bewältigung der Alltagsprobleme und -konflikte gefunden haben.

## Prävention durch interkulturelle Mediation

Mediation trägt dazu bei, konkrete Konflikte zu lösen. Darüber hinaus weist sie einen weiteren positiven Effekt auf: Sie verändert die gegenseitige Wahrnehmung und Beurteilung der Konfliktparteien und ihr zukünftiges Konfliktverhalten. Wer einen früheren Konfliktgegner als gleichwertigen und konstruktiven Partner erlebt und die Erfahrung der gemeinsamen Suche nach einer friedlichen Lösung des Konflikts gemacht hat, ist mit großer Wahrscheinlichkeit auch in Zukunft eher dazu bereit, bei Konflikten zu kooperieren und auf Gewaltanwendung zu verzichten.

Mit der Methode der Mediation wird ein Prozess in Gang gesetzt, an dessen Ende – unabhängig davon, ob er zu einem konkreten Ergebnis geführt hat oder nicht – in jedem Fall andere Bedingungen als zu Beginn herrschen werden. Die Etymologie des Wortes „Methode“ (griech. *méthodos*: der Weg zu etwas hin) weist auf einen implizierten Entwicklungsfortschritt hin. *Wer einen Weg geht, ist am Endpunkt nicht mehr derselbe, der er am Ausgangspunkt war.* Er verändert sich auf dem Wege,

macht neue Erfahrungen, erwirbt zusätzliche Kenntnisse, durchlebt Gefühle usw. Dies wiederum hat Einfluss auf sein Verhalten und die umgebenden Kontextbedingungen. Auf diese Weise verändert sich auch die Ausgangssituation, d.h. die Konfliktsituation wird nach einer Mediation nicht mehr dieselbe sein, wie sie es ursprünglich war, selbst wenn das Verfahren zu keinem konkreten und vertraglich fixierten Ergebnis geführt haben sollte.

In diesem Transformationsansatz der Mediation liegt ihre große Chance. Er macht es möglich, dass die interkulturelle Mediation auch aus der Perspektive des Kinder- und Jugendschutzes einen wichtigen Beitrag zu einem umfassenden Präventionskonzept leisten kann. Interkulturelle Mediation kann dabei helfen, nicht nur die bereits bestehenden konfliktreichen Folgen der Migration zu regeln bzw. zu minimieren, sondern diesen auch frühzeitig mit einem praktikablen Gegenentwurf und konstruktiven Zukunftsmodell zu begegnen. ■

**Menschenrechte sind nicht verhandelbar. Die Konflikte, die zu Menschenrechtsverletzungen führen, können jedoch nachhaltig bearbeitet werden. Mediation hat dafür das Potenzial.**

# MENSCHENRECHTE UND MEDIATION

Anne Dieter

■ *„Viele kleine Leute an vielen kleinen Orten, die viele kleine Schritte tun, können das Gesicht der Welt verändern.“* Analog zu diesem Ausspruch engagieren sich Schüler und Lehrer der Jenaer Lobdeburg-Schule unter dem Motto „Miteinander leben lernen“. Damit bewarben sie sich gemeinsam mit weiteren 480 Allgemeinbildenden Schulen um den Deutschen Schulpreis. Praxisnahes Lernen und Teamarbeit sind hier wie in einer Reihe anderer Schulen wichtig – und das kommt an.<sup>1</sup> Es ist ein Beispiel für die notwendige Vielfalt der kleinen Schritte, das Engagement und Empowerment des Einzelnen, das schon Eleanor Roosevelt, erste Vorsitzende des UN-Menschenrechtsausschusses, am 27. 3. 1953 vor den Vereinten Nationen betont hat. Sie lenkte den Blick auf das Alltagsleben der Menschen und betonte, dass die Menschenrechte überall gelten: in der Schule, in der Familie ebenso wie am Arbeitsplatz – an jedem Ort auf Erden.

## Anmerkungen:

- 1 Konsortium Bildungsberichterstattung (Hrsg.): Bildung in Deutschland, Bielefeld 2006, 137.
- 2 Haumersen & Liebe, 1999, 26.
- 3 Vgl. Grotz: Mediation im interkulturellen Kontext, 74.
- 4 ebd.

## Literatur:

- Busch, Dominic: Interkulturelle Mediation. Eine theoretische Grundlegung triadischer Konfliktbearbeitung in interkulturell bedingten Kontexten, Frankfurt a. M. 2005.
- Faller, Kurt: Das „Kulturfest der Nationen“. Interkulturelle Mediation in der Praxis. In: ZKM – Zeitschrift für Konfliktmanagement Nr. 1/2001, 41 - 46.
- Grotz, Barbara: Mediation im interkulturellen Kontext. Neue Impulse für die Praxis. - In: Zeitschrift für Migration und soziale Arbeit Nr. 3-4/2003, 71-76.
- Haumersen, Petra & Liebe, Frank: Multikulti: Konflikte konstruktiv. Trainingshandbuch Mediation in der interkulturellen Arbeit, Mülheim a.d.R. 1999.

**Beate Roderigo, Dipl.-Psychologin, Master of Mediation (MM) ist Fachreferentin u.a. für Migration bei der Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz, Landesstelle NRW e.V.**

**„Wenn diese Rechte dort keine Bedeutung haben, dann haben sie es kaum sonst irgendwo auf der Welt. Ohne den konzertierten Einsatz der Bürger, diese Rechte in ihrer unmittelbaren Umgebung zur Geltung zu bringen und mit Leben zu erfüllen, werden wir vergeblich auf den Fortschritt in der Welt hoffen.“<sup>2</sup>**

Doch eben dieses beseelte Engagement und Empowerment des Einzelnen lässt sich weder befehlen noch erzwingen, was nicht zuletzt die Politikverdrossenheit vieler Jugendlicher zeigt. Zwar wünscht *jeder* Mensch, als Subjekt wahrgenommen zu werden, aber er bleibt viel zu oft noch Objekt. Die Menschenrechte werden heute in der Regel ausschließlich als einklagbare Rechtsansprüche angesehen, die der Staat dem Individuum gewähren soll. Das Individuum rückt in das Blickfeld von „Maßnahmen“, bleibt dadurch aber Objekt

staatlicher und überstaatlicher Exekutive. Um den Subjektstatus des Individuums zu fördern, bedarf es eines Klimas, das die Entwicklung von Empowerment und sozialer Kompetenz unterstützt. Dazu gehören rechtliche und materielle Rahmenbedingungen für eine wissenschaftlich fundierte, menschenrechtsadäquate Bildung. Mit dieser ist dann nicht mehr das Ausschütten von Wissen oder das reglementierende Erziehen gemeint, sondern Angebote, um zu *begreifen* und zu lernen, seine eigenen Gefühle zu deuten, die eigenen Bedürfnisse zu erkennen und gewaltfrei zu kommunizieren.

Dieser Beitrag greift das Thema der sozialen Kompetenz auf, indem er Anliegen und Wesenszüge von Menschenrechten und Mediation erläutert und versucht, ihr Beziehungsgefüge zu beschreiben – und Gestaltungsmöglichkeiten menschenwürdigen Zusammenlebens zu hinterfragen.

## Menschenrechte als normative Konstrukte

Menschenrechte sind historisch gewachsene normative Konstrukte, die menschliches Selbstverständnis widerspiegeln. Sie beschreiben einen gesellschaftlichen Konsens universal geltender ethischer Werte, Normen und Ziele menschlichen Zusammenlebens. *Ihr Kern ist die Menschenwürde.*

Geht man davon aus, dass die *Triebkraft* und das *Ziel* der Formulierung von Menschenrechten in dem Wunsch nach *Vervollkommnung menschlichen Zusammenlebens bestehen*, lässt das auf einen entsprechenden Mangel und Bedarf schließen, der sich in „*Störungen*“ des *sozialen Lebens* offenbart.

## Kommunikation und ihre natürliche Unzulänglichkeit

Ganz natürliche „*Störungen*“ birgt bereits die *Kommunikation*, was wissenschaftliche Erkenntnisse belegen. Kommunikation wird als ein hochkomplexer, bedürfnisorientierter, sozialer Prozess verstanden, in dem sich Individuen als denkende, sprechende, empfindende und handelnde Personen zueinander in Beziehung setzen. Dieser im Alltag oft als „*Gespräch*“ verstandene und irrtümlicherweise nur auf das gesprochene Wort bezogene Prozess erfordert von den Kommunizierenden die Auswahl und Verarbeitung von nicht selten widersprüchlichen Informationen.

So können beispielsweise Gestik oder Mimik etwas völlig anderes aussagen als das gesprochene Wort, da die Informationen auf verschiedenen Kanälen ausgetauscht werden. Zudem ist der Nachrichtenaustausch von der Beziehung der Personen zueinander, ihren Stimmungen und Gefühlen (auch den negativen wie

Wut, Hass, Neid usw.) direkt beeinflusst. So ist es nachvollziehbar, dass die Nachricht erst beim Empfänger entsteht und dass die Komplexität dieses Prozesses ihn störanfällig macht.

Wenn man neben einer natürlichen Störanfälligkeit der Kommunikation die Gesetzmäßigkeit berücksichtigt, dass jedes einzelne Mitglied der Menschenfamilie seine Umwelt individuell erlebt und wahrnimmt, „subjektive Überzeugungen und Theorien bildet (...) über die Welt, über sich selbst und über andere, über Ereignisse und Gegebenheiten und Zusammenhänge (...)“<sup>43</sup>, sich also aus seinem jeweiligen Wissens-, Erlebnis- und Erfahrungsschatz heraus verhält und äußert, seine Geschichte erzählt, seinen Standpunkt vertritt, seine Positionen zu festigen versucht, ist die Entstehung von Konflikten eine logische und natürliche Konsequenz.

## Soziale Konflikte

Ein „*sozialer Konflikt*“ entsteht zwischen Menschen (Individuen, Gruppen oder Organisationen), wenn wenigstens ein Akteur Unvereinbarkeiten (im Denken, Vorstellen, Wahrnehmen und/oder Fühlen bzw. Wollen) mit dem anderen erlebt und dadurch beeinträchtigt wird oder sich beeinträchtigt fühlt. Den Konflikten liegen immer Differenzen zugrunde, die für die einbezogenen Menschen zu unerträglichen Spannungen führen, mit denen sie nicht gut umgehen können.

## DER UMGANG MIT KONFLIKTEN

Doch nicht die Konflikte an sich, sondern der Umgang mit ihnen birgt Gefahren für das soziale Leben. Dieser Umgang erweist sich als konstruktiv oder destruktiv, bringt Fortschritt, Stillstand oder auch Zerstörung.

### ■ Regulierungsversuche durch moralische Reglementierung

Das mit dem Menschsein verbundene Erleben oder Empfinden von (Un)gerechtigkeit und die selbst gespürten oder nachempfundenen Verletzungen und leidvollen Erfahrungen scheinen wohl Handlungsmotivationen dafür gewesen zu sein, dem „freien Spiel der Kräfte“ unter Einsatz von Gewalt nach elementaren Naturgesetzen, den sog. „*Wolfsgesetzen*“, Einhaltung zu gebieten. Das Streben nach *Orientierungen* in Form von *ethischen Normen und Regeln* erscheint so als nachvollziehbare Konsequenz, denn ohne entsprechende *Umsetzungsmechanismen* bleiben diese Werte eherne Ziele, die fern vom Leben thronen und als Selbstzweck verharren. Als *Forderungen* formuliert und getragen von Macht werden sie mit einem von außen kommen-

den Druck und einer Zwanghaftigkeit versehen, mit denen physische und psychische Gewalt ausgeübt wird.

Carl R. Rogers und Marshall B. Rosenberg haben menschliche Kommunikations- und speziell Sprachformen psychologisch analysiert und den Befehl als ein Element einer sog. *Wolfssprache* identifiziert. Diese Sprache ist bipolar ausgerichtet und basiert in Analogie zu den „*Wolfsgesetzen*“ und dem Grundsatz „*Fressen und Gefressen werden*“, auf einem „*Entweder-Oder*“. Die „*Wolfssprache*“ zielt auf Bewertungen von Personen und ihrem Tun in „*gut oder schlecht*“. In der Annahme, selbst für das Gute und Rechte zu stehen, wird der andere verurteilt und angegriffen („*Du bist ...*“) und gezwungen („*Du musst ...*“). Die (negativen) individuellen Triebe werden so von außen her mit autoritärem Nachdruck durch die (als erstrebenswert und gut angesehenen) moralischen Werte bekämpft.

„Es liegt in unserer Natur“, sagt Rosenberg, „*einfühlsames Geben und Nehmen zu genießen*. Wir haben uns jedoch viele Muster ‚*lebensentfremdender Kommunikation*‘ angeeignet, dass wir uns selbst und andere mit unserem Sprachstil und unserem Verhalten verletzen. Ein Muster lebensentfremdender Kommunikation sind moralische Urteile.“<sup>44</sup> Was Rosenberg als lebensentfremdend bezeichnet, ist der Versuch, mit der *Wolfssprache* durch Befehle moralisierte Werte umzusetzen, anstatt mit der „*Giraffensprache*“ die eigenen Gefühle und Bedürfnisse zum Ausdruck zu bringen. Rosenberg unterscheidet strikt zwischen *Werturteilen* (reflektieren unserer Überzeugungen über bestmögliche Entfaltungsmöglichkeiten des Leben) und *moralischen Urteilen* (über andere, wenn sie unsere Werturteile nicht mittragen).

Zweifellos ist der Mensch als soziales Wesen natürlicherweise von der Außenwelt beeinflusst. Den Grad der subjektiven Verinnerlichung äußerer Einflüsse kann die Außenwelt aber nicht festlegen und normieren. Ebenso wenig hat ein anderer „*Schuld*“ am eigenen Verdross. Diese Zusammenhänge der modernen Sprach- und Erkenntnistheorie sind heute durch eine Reihe natur-, kognitions- und informationswissenschaftlicher Forschungsergebnisse ebenso belegt wie durch die Erkenntnisse aus der Entwicklungs-, Verhaltens- und Kommunikationsforschung.

### ■ Die juristische Normierung Das Recht als Weg

Mit ihrer *rechtlichen Verankerung* in Verfassungen sind die moralischen, menschenrechtlichen Postulate zu subjektiven *Rechtsansprüchen geworden*. Der Staat hat die Aufgabe erhalten, die Menschenrechte (zumindest rechtlich verbürgten bürgerlichen und politischen Rechte der „ersten Generation“) zugunsten des Individuums zu gewähren. Ebenso hat der

Einzelne das Recht erworben, sie gegen den Staat einzuklagen. Neben der Gewährleistungspflicht hat der Staat gleichwohl die Aufgabe, dem Einzelnen zunehmend Instrumente zu bieten, um seine Rechtsansprüche durchzusetzen und sich erfolgreich gegen Menschenrechtsverletzungen zur Wehr setzen zu können. International verankert wurden diese Ansprüche erstmals in der zunächst rechtlich unverbindlichen Resolution der Vereinten Nationen 217 A (III), der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948 (AEMR), der 48 der damals 56 UN-Mitgliedstaaten zugestimmt haben.

In den seither vergangenen knapp sechzig Jahren sind die menschenrechtlichen Verankerungen zudem durch eine Vielzahl von bi- und multilateralen Verträgen systematisch verstärkt worden. Gehörten menschenrechtsrelevante Fragen unlängst noch zu den inneren und damit nicht antastbaren Angelegenheiten eines Staates, sind inzwischen im Rahmen des internationalen Menschenrechtsschutzes wichtige Elemente eines internationalen Überwachungssystems geschaffen worden. Diese Kontrollinstanz soll weiter ausgebaut werden und die Einhaltung völkerrechtlicher Verpflichtungen seitens der staatlichen Hoheitsgewalten überprüfen.

Die Judikative bietet so dem Schwächeren Schutz vor Willkür und hat seinerseits die Kraft, Macht zu kontrollieren.

Das *Recht* ist damit eine Konfliktbewältigungsstrategie, *ein Weg*, das menschliche Zusammenleben normadäquat und friedlich zu gestalten. Das gilt umso mehr, wenn man bedenkt, dass die völkerrechtliche Kodifizierung der Menschenrechte erst nach dem 2. Weltkrieg begonnen hat. In diesem Sinn kann auch Thomas Buergethal, Richter bei den Vereinten Nationen, verstanden werden, wenn er sagt: „*Ich wollte sehen, ob man die Welt durch Recht verbessern könnte.*“<sup>45</sup>

Durch die Integration der moralischen Werte in das System des Rechts wurde ein rechtlicher Sicherheitsraum für die Verwirklichung der Menschenrechte und die damit einhergehende Achtung der Menschenwürde geschaffen. Das kodifizierte Recht verleiht den Ansprüchen des Individuums Nachdruck. Aber in seinen Stärken liegen gleichsam die Grenzen des positivistischen Rechtssystems: *Es kontrolliert Macht, indem es bei seiner Durchsetzung selbst Macht ausübt.* Die Gewährleistungsfunktion des Staates bewirkt aber, dass das Individuum neben seinem Subjektstatus aufgrund der anerkannten Freiheits- und Gleichheitsrechte gleichsam Objekt bleibt, indem es in das Zentrum staatlicher und überstaatlicher *Maßnahmen* gerückt wird.

Zudem wird das staatliche Rechtssystem von Eliten getragen und stößt auf nationale

Abgrenzungen in ihrer politischen, sozialen, kulturellen und auch rechtlichen Heterogenität. *Menschenrechte, verstanden als ethisch legitimierte Werte, die sich auf menschliche Gleichheits- und Freiheitsbestrebungen in einer Solidargemeinschaft berufen, sind jedoch weder eingrenzend noch obrigkeitshörig angelegt, sondern auf Universalität, Selbstbestimmung und Entfaltung der Persönlichkeit ausgerichtet.*

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (AEMR) hat in Artikel 22, 26 und 29 den Anspruch auf freie Entwicklung und volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit festgeschrieben und in Artikel 28 eine gerechte internationale Ordnung gefordert: „Jeder Mensch hat Anspruch auf eine soziale und internationale Ordnung, in welcher die in der vorliegenden Erklärung angeführten Rechte und Freiheiten voll verwirklicht werden können.“ Wer aber kann sie verwirklichen, wenn nicht der Mensch als emanzipierte Persönlichkeit selbst.

Das *Bindeglied* scheint in der zweiten Komponente der staatlichen Gewährleistungsfunktion von Menschenrechten zu liegen, dem *Schaffen von Freiräumen*, die es dem Einzelnen ermöglichen, sein Empowerment zu fördern. Empowerment wird hier verstanden als Entdeckung und Stärkung der dem Menschen eigenen Ressourcen zur Aneignung von Selbstbestimmung und Lebensautonomie, um die eigenen Lebenswege und Lebensräume selbstbestimmt gestalten zu können. Diese Freiräume ermöglichen eine Entfaltung der Zivilgesellschaft. Knapp sechzig Jahre nach der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen kann eine tendenzielle Nutzung dieser Freiräume durch Bürger und private Organisationen (NGO's) beobachtet werden. Dieser subjektfördernde Aspekt der völkerrechtlichen Entwicklung wird vielfach sogar bereits als „neue Phase“ völkerrechtlicher Entwicklung beschrieben, „die durch eine erhebliche Bedeutungsaufwertung nichtstaatlicher Ebenen und damit des Einzelnen gekennzeichnet“ sei.<sup>6</sup>

Für eine allseitige Entfaltung des Individuums und mit ihm der Zivilgesellschaft ist jedoch die polarisierende Streitkultur der Konfliktbewältigungsstrategie des Rechtssystems nicht ausreichend. Sie ist ergänzungsbedürftig durch konsensorientierte Gesprächskultur, wie sie die Mediation bietet. Durch deren Befreiung vom „autoritativen Charakter des Rechtssystem [...]“, kann das Gesetz als Schatzkammer betrachtet werden, in der Erkenntnisse gesammelt sind, die abgerufen und dabei überprüft werden können, ob und was sie für den konkreten Fall hergeben können. Dann mag leichter ins Auge fallen, wie das Gesetzrecht als Rechtsverwendung (anstelle einer Rechtsanwendung) der Gerechtigkeit in der Mediation dienlich sein kann.“<sup>7</sup>

**„So einleuchtend, naturgegeben und den Menschen aufgrund ihrer Würde inhärent (angeboren) diese Rechte vielen erscheinen mögen, so kontroversiell sind sie weiterhin in der Praxis wie in der Theorie.“<sup>48</sup>**

Demokratie ist Diskurs, der unter Anwendung eines bedürfnisorientierten Bildungsprozesses verinnerlicht sein will – für die Entwicklung zu einem verantwortungsvollen „*Wir wollen nicht* (töten, Krieg führen, Raubbau betreiben ...)“ und zugunsten der ureigensten menschlichen Interessen und Bedürfnisse, Konflikte konsensuell, konstruktiv und nachhaltig zu lösen mit dem Anspruch: „*Wir wollen* (leben)“.

## ■ Die mediative Konfliktbearbeitung

In der Praxis vollzieht sich Mediation als ein strukturierter zwischenmenschlicher Vorgang. Entscheidend ist, dass ein neutraler, allparteilicher, empathischer Dritter ohne inhaltlich-sachliche Entscheidungsgewalt die Konfliktparteien bei einer selbstständigen, eigenverantwortlichen, interessenorientierten und gleichermaßen gewinnbringenden Lösungsfindung, den Konsens unterstützt. Die Einigung findet – ohne staatliche Regulierung – nur zwischen den Streitparteien statt, kann aber durch die öffentliche Hand empfohlen und gefördert werden.

Mediation bietet die Möglichkeit, gerade heiße Konflikte konstruktiv zu bearbeiten. Der Grad der an den Tag gelegten „Hitzigkeit“ der Konfliktaustragung ist ein Unterscheidungskriterium sozialer Konflikte in kalte (verdeckte Streitsituationen) und heiße (offen ausgetragener Streit oder Kampf um Durchsetzung der eigenen Positionen). Hierzu hat die Psychologie viele Beispiele zusammengetragen: den Übereifer, mit dem die eigenen Vorstellungen durchgesetzt werden „müssen“, den Glauben an die „heilige Sache“, zu der der Gegner mit Gewalt bekehrt werden „muss“, die offenen Angriffe, die Wut und den Ärger etc. aber auch die Lust der Angreifer auf harte Begegnungen, weil sie aufgrund ihrer euphorischen Stimmung sich und ihre Erfolgsaussichten überschätzen.<sup>9</sup>

Leo Montada verweist zudem auf die erlebten Ungerechtigkeiten, die heißen Konflikten zugrunde liegen. Gerade bei der Bearbeitung der unterschiedlichen Positionen in der ersten Phase ist es wichtig, die Gefühle und Empfindungen zu erkennen, um sie in ihrer innovativen Funktion als Signallampen für unbefriedigte Bedürfnisse in Anspruch nehmen zu können. Bereits indem der Mediator Emotionen wie Wut, Empörung, Gleichgültigkeit, Trauer etc. konstatiert und auf sie eingeht, holt er die jeweiligen Konfliktpersonen in ihrem subjektiven Empfindungsgefüge ab – oder nimmt mit ihnen Schritt auf. Mediation verfügt über eine breite Methodenauswahl, um Gefühlsblockaden zu überwinden.

Andererseits veranschaulicht die Mediation Konfliktgegenstände und Sachverhalte, präzisiert und ordnet sie durch ihre spezielle Systematik. Erst durch diese Verbindung können die kommunikativen Verkrampfungen, die durch festgefahrene Positionen entstehen, gelöst und tiefer liegende Interessen und Bedürfnisse aufgedeckt werden. Diese Erkenntnisse bilden das Fundament, um eigenverantwortlich gewinnbringende Lösungen für alle Beteiligten zu suchen. Ein solcher Konsens, der anders als das Kompromissfindungsmodell *jedem* Konfliktbeteiligten interessenorientierte Lösungen ermöglicht und niemanden verlieren lässt, wirkt nachhaltiger. Die Handhabung der Konfliktbearbeitung und das erzielte Ergebnis haben letztlich auch auf die zwischenmenschlichen Beziehungen der beteiligten Parteien positive Auswirkungen.

## Rechte der Kinder

In der Mediation werden Konflikte mit Blick auf Gegenwart und Zukunft bearbeitet, ohne zu moralisieren und nach Schuld und Schuldigen suchen zu müssen. Sie hat eine eigene Perspektive, aus der sie das Subjektive gegen das verflachende Allgemeine verteidigt. Selbstbestimmung und Freiwilligkeit sind dabei Merkmale, die nicht nur schlechthin die Methode des Vermitteln definieren. Sie sind menschenrechtsadäquate Kennzeichen einer Lebenshaltung.

Die Menschenrechte sind der Würde des Individuums und den Grundbedürfnissen der Menschheit verpflichtet. Das gilt ebenso für die Mediation.

**„Den Menschenrechten wird nicht genüge damit getan, daß sie (z.B. vom Vermittler) angemahnt werden, sondern daß sie im Hier und Jetzt gelebt und erlebt werden.“<sup>10</sup>**

Das gilt in ganz besonderem Maße für die Rechte der Kinder. Die Heranwachsenden benötigen in ihrem sozialen Umfeld Empathie und Wahrhaftigkeit, um Vertrauen aufzubauen ebenso wie die ideellen und materiellen Möglichkeiten, soziale Kompetenz zu erlernen. Spielerisches Aneignen gewaltfreier Kommunikation und Konfliktbearbeitung gehört in die Bildungsprogramme jeder Kita. Dazu ist es freilich erforderlich, dass allen Kindern (nicht nur den Kindern berufstätiger Eltern) das Recht auf einen Kitaplatz gewährt wird. Vielseitiges praxisnahes Lernen, Teamarbeit und auch Peer-Mediation sollten nicht nur an einzelnen Schulen oder einmal in den alljährlichen Projektwochen ausgeübt werden. Sie brauchen einen festen Platz in der Kinder- und Jugendarbeit.

Ebenso wichtig ist der Kommunikationsfluss im Notfall. Es genügt nicht, Kindern das Recht auf staatlichen Schutz anzubieten, aber das Amt am Freitagmittag zu

schließen. Eine Verständigungskultur zu etablieren, bedarf der Kraft der ganzen Gesellschaft. Eine wirksame Prävention ist ohnehin der beste Schutz vor Menschenrechtsverletzungen.

Mediation als Empathie ausstrahlende, vermittelnde Intelligenz agiert im Rechtsraum und nutzt die durch das Rechtssystem geschaffenen Freiräume, um der Forderung nach Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt nachzukommen. Sie ist eine nachhaltige Ergänzung und Bereicherung der Konfliktbearbeitungsstrategie des Rechtes. Sie lässt darauf hoffen, dass Positionen und polarisierte Systeme Stück für Stück für eine diskursive Gerechtigkeit geöffnet werden können, die einem Außer-Kraft-Setzen der Menschenrechte in jedem Winkel der Erde entgegentritt. So wie Leo Montada so treffend formuliert hat:

**„Ich habe gewiß keine Heilsbotschaft, aber doch die Hoffnung, daß eine Analyse und konstruktive Bearbeitung von Konflikten mit den Beteiligten dazu beitragen könnte, die Welt friedlicher zu machen.“<sup>11</sup>**

## Anmerkungen:

- 1 Der 2006 initiierte Stiftungs-Preis soll künftig alljährlich vergeben werden. [ZDF-Archiv, 25.09.2006]
- 2 Glendon, Mary Ann: „A world made new“, Eleonor Roosevelt and the Universal Declaration of Human Rights, Random House, New York, 2001, 239.
- 3 Vgl. Leo Montada zit. nach [www.dgps.de/preise/weinert\\_preis](http://www.dgps.de/preise/weinert_preis).
- 4 Rosenberg: Gewaltfreie Kommunikation. Junfermann Verlag, 6. Aufl., Paderborn 2005, 42.
- 5 Jan Sternberg: Eine Art Erlösung. Thomas Buergethal wuchs in den Lagern der Nazis auf – heute ist er Richter bei den Vereinten Nationen. In: Die Märkische, Wochenmagazin der Märkischen Allgemeinen, 16./17. April 2005, 1.
- 6 Vgl. Daniel-Erasmus Khan: Rückwirkungen der demographischen Entwicklung auf die Organisation der internationalen Gemeinschaft. In: Eckart Klein (Hrsg.): Demographischer Wandel und Menschenrechte, Schriftenreihe des Menschenrechtszentrums der Universität Potsdam, Bd. 25, Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2005, 35f.
- 7 Mähler G., Mähler, H.-G.: Gerechtigkeit in der Mediation. In: Anne Dieter, Leo Montada, Annedore Schulze (Hrsg.): Gerechtigkeit im Konfliktmanagement und in der Mediation, Frankfurt/New York 2000, 9 - 36 (S. 30f.).
- 8 Nowak, Manfred: Einführung in das internationale Menschenrechtssystem, Wien 2002, 14f.
- 9 Friedrich Glasl: [www.konflikt.de/index.php?lng=de&group=konflikt&cat=verstehen&page=verstehen](http://www.konflikt.de/index.php?lng=de&group=konflikt&cat=verstehen&page=verstehen)
- 10 Ebd., 257.
- 11 Leo Montada: Vortrag „Mediation und Delinquenz“, September 2003.

**Dr. phil. Anne Dieter ist Mediatorin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Menschenrechtszentrum der Universität Potsdam.**



Das Buddy-Projekt ist ein Programm, das ganz wesentlich auf der Methode der Peergroup Education beruht: Kinder und Jugendliche erfahren über „Peers“, Gleichaltrige, wie sie Verantwortung für sich und andere übernehmen, Probleme überwinden, ihr Leben gestalten und das Lernen lernen können.

# DAS KONZEPT DER PEERGROUP EDUCATION

Kurt Fallner

## Die Bedeutung der Peergroup:

Kinder und Jugendliche werden sehr stark von ihrer Peergroup beeinflusst. Die Peergroup spielt mit zunehmendem Alter eine immer entscheidendere Rolle im Leben der Heranwachsenden. Die meisten Kinder verbringen, insbesondere seit Einführung der Ganztagschule, zunehmend mehr Zeit mit Gleichaltrigen als mit ihren Eltern. Insbesondere bei der Entwicklung des Sozialverhaltens spielen diese Gleichaltrigen eine entscheidende Rolle. In der Gruppe erleben Kinder und Jugendliche ein hohes Maß an sozialer Solidarität und einen Kodex, der sich von den Wertvorstellungen und Erfahrungen der Erwachsenen abgrenzt. *Peergroup-Education wendet den großen Einfluss, den die Peergroup auf die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen hat, zu einem positiven pädagogischen Konzept, indem deren Problemlösungskompetenzen in den Erziehungsprozess mit einbezogen werden.* Im Zentrum steht das „Empowerment“, die Befähigung der Jugendlichen, als Experten für ihre eigenen Belange zu fungieren.

## Definition und Geschichte der PGE

„Peergroup Education“ kann als eine Art institutionalisierte Nutzung eines entwicklungspsychologischen Prozesses betrachtet werden. Kinder und Jugendliche können oft auf eine profitablere Weise mit jungen Leuten (des gleichen sozialen und kulturellen Hintergrunds) über bestimmte Fragen diskutieren und dabei Einsichten gewinnen, als das bei Erwachsenen möglich wäre (Carr, 1994).

Ein wichtiger Faktor dabei ist die größere Glaubwürdigkeit von Peers im Vergleich zu Lehrern (Klepp, 1986). „Peer Educators“ können z.B. in der Prävention von Drogenmissbrauch als überzeugende Rollenmodelle dienen, indem sie den Nichtgebrauch von Drogen vorleben, eine Norm schaffen, innerhalb derer Drogengebrauch eher abweichend als annehmbar ist und indem sie brauchbare Alternativen anbieten.

*Der Begriff „Peergroup Education“ kann durchaus unterschiedliche Bedeutungen annehmen (Shiner & Newburn, 1996). Während er ursprünglich als eine Form der „Erziehung von jungen Menschen durch junge Menschen“ verstanden wird (mit der Betonung der Gleichaltrigkeit), scheint es wichtig geworden zu sein, das Wort „Peer“ heute nicht allzu eng zu definieren. So bedeutet der Einsatz von „Peer Leaders“, auch im Buddy-Projekt, eher ältere als gleichaltrige Peers (Klee & Reid, 1995), also ein Paten-Modell. Gelegentlich wird mit „Peer“ auch ein gleicher oder ähnlicher Status bezeichnet (z.B. von ehemaligen Gewalttätern angeleitete Arbeit mit Gewalttätern etc.).*

Peergroup Education hat eine lange Geschichte. Angewandt wurde sie erstmals Anfang des 19. Jahrhunderts in England und Amerika. Mit der Industrialisierung wurden damals Kenntnisse in Lesen und Schreiben für die Arbeiter unumgänglich. Es fehlten jedoch die dafür erforderlichen Strukturen. In dieser Zeit begann man, einige Schüler zu Tutoren auszubilden, die dann ihre Kenntnisse und Fähigkeiten an andere Kinder weitergaben. Mit der Entwicklung des Bildungssystems verlor dieses Modell aber an Bedeutung. Im 20. Jahrhundert spielten „Paten“, also Schüler, die andere Schüler anleiten, nur in der Reformpädagogik der 20er Jahre, insbesondere bei Freinet, noch eine wichtige Rolle.

In großem Stil wurde die Peergroup Education dann in den 50er Jahren für die Alphabetisierungskampagnen in Entwicklungsländern eingesetzt.

In den 80er Jahren erinnerte man sich in der Präventionsarbeit zu den Themen AIDS und Drogen wieder an die Vorteile der Peergroup Education, besonders in Großbritannien und den USA. So entstanden mit der Zeit umfangreiche Programme im Bereich der Gesundheitserziehung wie Anti-Raucher- oder Anti-Drogenprogramme. Im Bereich der Gewaltprävention werden vor allem Projekte zur „Peer-Mediation“ angewandt. Auch in der Arbeit der Jugendverbände ist Peergroup Education mittlerweile auf breiter Fläche eingeführt.

## Gründe für Peergroup Education

Warum eignet sich Peergroup Education als grundlegender pädagogischer Ansatz für das Buddy-Projekt?

■ Kinder und Jugendliche können den pädagogischen Prozess und den Informationsaustausch in ihrer Altersgruppe erheblich beeinflussen, je nachdem, in welchem Rahmen und unter welchen äußeren Bedingungen sie sich bewegen.

■ Kinder und Jugendliche verfügen über große Problemerkennung, denn Situationen, in denen Gleichaltrige sich befinden können, sind ihnen hinreichend bekannt. Buddys können anderen, denen es schlecht geht, eine wichtige Stütze sein.

■ Buddys können als Modell und Vorbild für andere dienen. Sie können glaubwürdig deutlich machen, warum sie sich in schwierigen Situationen für diesen oder jenen Weg entschlossen haben.

■ Oftmals stehen in Schulen nur begrenzte personelle und zeitliche Ressourcen zur Verfügung. Das Buddy-Projekt mit seiner Idee, möglichst viele Kinder und Jugendliche zu erreichen, hat über Peergroup Education die Möglichkeit, zusätzliche Ressourcen zu nutzen: Buddys fungieren als Multiplikatoren des Prinzips der Übernahme von Verantwortung für sich und andere.

■ Peergroup Education bildet ein Modell für einen demokratischen Prozess ab, fördert also die Demokratisierung von Kindern und Jugendlichen, die erfahren: Mein Handeln hat Wirkung. In vielen Gemeinden beteiligen sich Kinder und Jugendliche aktiv an Initiativen oder Kinder- und Jugendparlamenten und treten für Interessen ihrer Altersgruppen ein. Das Buddy-Projekt als Modell zur Förderung von Verantwortung baut ganz wesentlich auf diesen Zusammenhang.

■ Peergroup Education unterstützt Eigenverantwortung und Führungspotenzial. Jugendliche können auf die dadurch errungenen Erfolge stolz sein. Die Erfolgserlebnisse erleichtern es, mit Verletzungen umzugehen und die Ursachen erlittener Ungerechtigkeiten zu analysieren.

■ Peergroup Education wirkt über die Gruppe hinaus. Sie kann zum Beispiel auch das familiäre Umfeld der Jugendlichen positiv beeinflussen.

## Begleitung und Anerkennung von Peer Programmen

Die Erfolge von Peergroup Education ergeben sich nicht automatisch. Sie bedürfen eines klaren Rahmens, der schon vor ihrer Einführung definiert und vereinbart wurde. So müssen Buddy-Projekte in der Regel sorgfältig vorbereitet und begleitet werden.

■ Wenn Kinder und Jugendliche Mitverantwortung für das soziale Klima an Schulen und pädagogischen Einrichtungen übernehmen, ist es eine wichtige Bedingung, dass ihr Beitrag akzeptiert wird.

■ Buddys müssen trainiert und begleitet werden, von Lehrern, die sich als „Coach“ verstehen, als Begleiter der Kinder und Jugendlichen.

■ Buddys benötigen klare Verabredungen, in welchen Fällen sie wie aktiv werden – und wann und wo sie Unterstützung von Erwachsenen einholen können.

## Die Veränderung der Lehrerrolle: Arbeiten als Coach

Peergroup Education ist ohne eine spezifische Haltung der betreuenden Lehrkraft nicht denkbar: Wenn Schüler mehr eigene Verantwortung übernehmen, dann verändert sich automatisch auch die Rolle vom „Lehrenden“, also vom Wissensvermittler zum „Coach“, also zum Begleiter. „The coach plays besides the line“ lautet die klassische Formel zur Bezeichnung der Rolle des begleitenden Lehrers. Er muss Vertrauen in die Fähigkeit der Kinder und Jugendlichen haben und sich selber auf einen Prozess einlassen können, der nicht von vorneherein vorhersehbar und planbar ist. „An der Außenlinie“, also außerhalb des eigentlichen Geschehens zu agieren, die eigentlichen Akteure vorzubereiten und unterstützend zu begleiten, ist für viele Lehrkräfte ungewohnt.

Paulo Freire hat in seinem berühmten Buch „Pädagogik der Unterdrückten“ die Veränderung der Lehrerrolle bei der Peergroup Education folgendermaßen charakterisiert: „Der Lehrer ist nicht länger der einzige, der lehrt, sondern einer, der selbst im Gespräch mit den Schülern belehrt wird... Sie sind gemeinsam verantwortlich für einen Prozess, in dem alle wachsen.“

Wie sich diese Rolle im Buddy-Projekt für Lehrer konkret umsetzt, ist im Anhang (Lehrer als Coach) näher beschrieben. ■

### Literatur:

siehe Buchpublikation „Soziales Lernen im System“

## Kurt Faller ist Mediator und Organisationsberater und gründete das MEDIUS-Institut für Mediation, Beratung und Systemdesign.

(Auszug aus einem neuen Buch von Kurt Faller: **Soziales Lernen im System**. Zu beziehen ab 2007 bei Buddy e.V., Benzenbergstraße 2, 40219 Düsseldorf-Bilk. Telefon: (0211) 303291-0, Telefax: (0211) 303291-22, E-Mail: [info@buddy-ev.de](mailto:info@buddy-ev.de))

**Kinder trainieren Demokratie. Sie entwickeln Lust und Kenntnisse, sich mit Gesetzen und Recht zu befassen. Die Autorin beschreibt anschaulich und begründet einzelne Phasen des von ihr häufig an Schulen durchgeführten mehrtägigen Demokratietrainings. Wichtig dabei ist u.a., dass Kinder ihre eigenen Bedürfnisse und Stärken entdecken. Nur so können sie verstehen, was für sie tatsächlich wichtig ist oder wichtig sein kann. Von hier aus ist der Weg zur Befassung mit Inhalten der Menschenrechte nur noch sehr kurz.**

# PARTIZIPATION DURCH MEDIATION LERNEN!

## Demokratietraining für Kinder und Jugendliche

Christa Kaletsch

■ Ausgehend von der Grundannahme, dass soziale Konflikte Veränderungs-chancen bieten, stecken in präventiven und problemorientierten Konzepten konstruktiver Konfliktbearbeitung (Mediation) nicht zu unterschätzende Möglichkeiten zur Förderung zivilgesellschaftlicher Beteiligung. Der österreichische Mediator Julius Caspar Einem spricht in diesem Zusammenhang von Formen einer „materiellen Demokratisierung“<sup>1</sup> und stellt dabei fest, dass insbesondere gesellschaftlich anerkannte, gut situierte Menschen (beispielsweise in Bürgerinitiativen und anderen Formen direkter Beteiligung) davon Gebrauch machten und damit erfolgreich, auf sich und ihre Interessen aufmerksam zu machen wüssten. Einem fordert, in diesem Zusammenhang „gezielte und ausgleichende Bildungsanstrengungen zugunsten der breiten Herausbildung sozialen Selbstbewusstsein gerade bei denen, denen es heute fehlt“ zu unternehmen.<sup>2</sup>

Tatsächlich lassen sich Kinder und Jugendliche leicht für konsensorientierte Verfahren begeistern, wenn man sie an der Lösung von Problemen, die sie betreffen oder betreffen könnten, beteiligt. Wem es gelingt, Heranwachsende an der Benennung von Problemfeldern zu beteiligen, kann mühelos erleben, dass Kinder und Jugendliche – entgegen anderslautender Botschaften, die eine grundsätzliche Apathie und Lustlosigkeit bei den nachfolgenden Generationen attestieren wollen – bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und sich für sich und andere zu engagieren. Kinder und Jugendliche sind in der Lage, Konflikte eigenständig zu lösen und sich an der Entwicklung eines konstruktiven Klassenklimas zu beteiligen.<sup>3</sup> Es kann Schülervertretern gelingen, Mitschüler/innen für gemeinsame Aktivitäten zu begeistern, sie dafür zu gewinnen, gemeinsam Verantwortung für die Interessen der Schülerschaft zu übernehmen und sensibel auf die Bedürf-

nisse aller Mitglieder der Schulgemeinde einzugehen.<sup>4</sup>

Entscheidend für das Gelingen entsprechender Projektvorhaben ist ein beteiligungsorientiertes Vorgehen, das auf eine saubere Auftragsklärung<sup>5</sup> achtet und den Beteiligten hilft, ihre Bedürfnisse und die der anderen wahrzunehmen und zu achten. „Erfahren nicht belehren“ heißt die von dem Theaterpädagogen Augusto Boal<sup>6</sup> geprägte Formel, die sich als Grundlage aller Trainingskonzepte zur Vermittlung von Ideen konstruktiver Problembearbeitung, Zivilcourage, Menschenrechten und Umgang mit Heterogenität anbietet.

### Was sind Demokratietrainings?

Das im Folgenden näher betrachtete Demokratietraining ist in diesem Themenkontext anzusiedeln. Es geht dabei im Wesentlichen darum, (jungen) Menschen die Möglichkeit zu eröffnen, selbstbestimmt eigene Interessen und Bedürfnisse kennenzulernen und sich kreative Wege zu erschließen, diese ernst zu nehmen und gegebenenfalls für sie zu streiten. Dabei macht es sich die Grundideen konstruktiver Konfliktlösung/Mediation zunutze. *Es geht von einem weiten und positiven Konfliktbegriff aus und sieht in Konflikten Chancen zur Veränderung.* Eine mediative Grundhaltung, die den Trainingsteilnehmern mit Wertschätzung und Empathie begegnet, kann Grundlagen schaffen, die ein selbstbestimmtes, ergebnisoffenes und deswegen Partizipation förderndes Arbeiten möglich macht.

Das Trainingskonzept glaubt an die Kompetenzen und die Bedeutung jedes Einzelnen. Es appelliert an die Selbstverantwortung eines jeden und vermittelt dabei gleichzeitig die Notwendigkeit, die Bedürfnisse des anderen wahrzunehmen. Gleichzeitig bietet es Handlungsoptionen an, un-

verschiedene Bedürfnislagen ernst zu nehmen und konsensuale Konfliktlösungswege zu gehen. Damit ist das Demokratietraining ein sehr politisches – weil emanzipatorisch zu verstehendes – Konzept.

Kinder und Jugendlichen aufzuzeigen, wie viel Demokratie in ihrem (Schüler-)Alltag steckt, ist ein zentrales Ziel des Trainingskonzepts. Die Demokratietrainings<sup>7</sup> sind in diesem Zusammenhang als ein Angebot an die Jungen und Mädchen zu verstehen, sich mit dem Thema „Demokratie“ auseinanderzusetzen und dabei ganz individuell den eigenen Bewertungsspielraum zu erweitern. Dabei können und sollen sich die Schüler/innen selbst ein Bild machen. Das Training bietet ihnen gewissermaßen „nur Bewertungshilfen“ an, und dabei insbesondere die Gelegenheit, die Mechanismen von Entscheidungsfindungsprozessen und Regelvereinbarungen kennenzulernen, die Bedeutung der Menschenrechte wahrzunehmen und ihre Verbindlichkeit kritisch zu hinterfragen.

## Bedürfnisse erkennen

Das Demokratietraining stellt einen Versuch dar, den Zugang zur Partizipation neu zu bedenken und dabei entsprechende Wege zu öffnen. Dies geschieht u.a. dadurch, dass es sich erlaubt, die Spielarten der gemeinhin üblichen demokratischen Prozesse kritisch zu durchleuchten und den Heranwachsenden Alternativen aufzuzeigen, die zu einer stärkeren Beteiligung aller führen können. Anstatt an der Rhetorik für Positionskämpfe zu feilen, fordert es auf, die hinter den Positionen steckenden Bedürfnisse wahrzunehmen und nach Lösungen zu suchen, die den Bedürfnissen möglichst aller gerecht wird Angestrebt werden „win-win“-Lösungen, bei denen niemand als Verlierer aus dem Verfahren zurückbleiben muss.

Vielfach müssen im Kontext von Demokratietrainings in Schulklassen zunächst Wege gefunden werden, die Kindern und Jugendlichen Mut machen, überhaupt Bedürfnisse wahrzunehmen. Denn ein Großteil der Jungen und Mädchen macht anfangs häufig den Eindruck, gar nicht zu wissen, dass sie welche haben. Insbesondere Kinder, die in „sozialbenachteiligten Milieus“ aufwachsen, tun sich erfahrungsgemäß sehr schwer damit, eigene Interessen zu formulieren. Nach meiner Auffassung weniger deswegen, weil sie keine hätten, sondern eher weil sie sich nicht vorstellen können, dass sie von irgendeiner Relevanz sein könnten. Wer sich nicht wirklich gefragt fühlt, tut sich schwer damit, Ideen zu entwickeln, die zu einer Belebung der Zivilgesellschaft beitragen könnten.

Von dieser Problematik sind insbesondere Heranwachsende mit Migrationshintergrund betroffen, da sie in der Regel bereits vielfältige Erfahrungen mit strukturellem Diskriminierungsgeschehen gemacht ha-

ben. Sie wissen, dass ihre Eltern oft nicht wählen dürfen, ihre Reisefreiheit teilweise massiv eingeschränkt und ihre Zukunftsperspektiven von vielen Vertretern der Mehrheitsgesellschaft als prekär betrachtet werden.

## Dilemma-Planspiel „Die menschenfreundliche Stadt“

Über Dilemma-Planspiele<sup>8</sup> lassen sich Kinder und Jugendliche leicht begeistern, ihre Kreativität einzubringen und sich in einen gemeinsamen Findungsprozess zu begeben. Als hilfreich hat es sich dabei erwiesen, kleine Modellgeschichten zu „erfinden“, in der beispielsweise die Vertreter der EU oder der UN nach einem Konzept für eine „menschenfreundliche Stadt“ suchen. Landflucht und das Phänomen der Unwirtlichkeit der Mega-Cities bereiten den Politikern weltweit Kummer. Da sie um das Planungsgeschick junger, heranwachsender Menschen wissen, bitten sie diese, einen Plan für eine „menschenfreundliche Stadt“ zu entwickeln, bei der sie sich vor allem von ihren eigenen Ideen und Vorstellungen leiten lassen sollen...

Dilemma-Planspiele laufen in der Regel in einem vierschrittigen Verfahren ab, in der von der Ideenfindung jedes Einzelnen bis zum Gruppenbeschluss am Ende verschiedene Etappen der Entscheidungsfindung durchlaufen werden.

Das Dilemma-Planspiel „Die menschenfreundliche Stadt“ ist eine zentrale Übung des Demokratietrainings. Mit ihm werden zwei Ziele verfolgt: Es geht einerseits darum, die Teilnehmer/innen für die Grundbedürfnisse des Menschen zu sensibilisieren und andererseits den Blick in Entscheidungsfindungsprozesse zu lenken. Erfahrungsgemäß interessieren sich die Teilnehmer/innen in den ersten drei „Spielrunden“ vor allem für die von ihnen diskutierten Inhalte: Was brauchen Menschen, um sich in einer Stadt wohlfühlen...

Diese inhaltliche Auseinandersetzung wird in der Regel am zweiten Trainingstag aufgegriffen und fortgesetzt. Im Anschluss an den Gruppenbeschluss liegt der Focus zu meist zunächst auf der Problematik der Entscheidungsfindung. Das Spielgeschehen wird analysiert und später in einen größeren Zusammenhang gestellt. Dabei bezieht das Trainingskonzept Stellung, indem es dafür plädiert, die Individualität, Selbstbestimmtheit der Personen zu achten und bei Gruppenentscheidungen ein konsensorientiertes Verfahren anzuwenden. Damit soll ein Weg aufgezeigt werden, der ein transparentes und basisorientiertes Vorgehen ermöglicht und einem parteien- und cliquendominierten Demokratieverständnis eine Absage erteilt.

Die durch das Dilemma-Planspiel initiierte Auseinandersetzung mit den Grundbedürfnissen des Menschen lässt sich in einem zweiten Trainingsschritt gut nutzen,

um mit den Heranwachsenden in eine Beschäftigung mit der Philosophie von Menschenrechten einzusteigen. Auch in diesem Kontext kommen kreative Methoden zum Einsatz, die die Teilnehmer/innen animieren, an ihre eigenen Vorstellungen und Ideen anzuknüpfen. Ein Statuentheater lädt die Heranwachsenden ein, sich mit dem Begriff der „Freiheit“ auseinanderzusetzen und dabei ganz nebenbei die Problematik kollidierender Grundrechte zu entdecken. Nach einem juristischen Kurzinput über die verschiedenen Grundrechtsarten: Schutz-, Freiheits- und Gleichheitsrechte – werden die Teilnehmer/innen aufgefordert, in so genannten Rechtsbüros gemeinsam Gesetze zu verfassen, „die in ihrer menschenfreundlichen Stadt gelten sollen“.

## Rechtsideen entwickeln

Haben die Rechtsbüros ihre Arbeit abgeschlossen, kommen sie im Plenum zusammen. Hier stellen sich die Büros gegenseitig ihre Arbeit vor. Jeder Trainingsteilnehmer bekommt dabei eine Veto-Karte. Diese kann man zeigen, wenn man einem Rechtsbüro einen juristischen Rat geben möchte und die Gruppe bitten möchte, einzelne Punkte noch mal zu überdenken. Das Instrument der Veto-Karte, über das eine „juristische Expertise“ eingebracht werden kann, bietet eine gute Strukturierungshilfe für die häufig lebhaften Auseinandersetzungen im Plenum und kann zur Versachlichung der (auf jeden Fall sehr gewünschten) Diskussionen beitragen. Auf diesem Wege lassen sich auch bedenklich stimmende Rechtsideen, die auf rassistische oder diskriminierende Diskurse zurückgehen, aufgreifen und sie in einer konstruktiven Atmosphäre einer kritischen Würdigung unterziehen.

*Entscheidend bei diesen Auseinandersetzungen ist dabei, dass die erwachsenen Moderatoren sich mit moralisierenden Reden zurückhalten und darauf achten, dass die Heranwachsenden selbst den Meinungs austausch führen.* Die Moderatoren können und sollten dabei die kritischen Stimmen in der Klasse (durch methodische oder sachlich inhaltliche Hilfe) unterstützen und versuchen, die Unentschiedenen zu irritieren.<sup>9</sup> Sie sollten sich nicht in einer Auseinandersetzung mit rechtsextremen oder anderen fundamentalistischen Positionen aufreiben, sondern sich darauf verstehen, die Bedeutung der Menschenrechte und dabei insbesondere der UN-Kinderrechtskonvention darzustellen.

In diesem Kontext ist es wichtig, offen für die Widersprüche in der deutschen Rechtsrealität zu sein, um die strukturellen Rassismen im Grundgesetz zu wissen und entsprechend Position zu beziehen. Das heißt zum Beispiel auch den Ärger einer jungen griechischen Trainingsteilnehmerin ernst zu nehmen, die daraufhin weist, dass ihr Vater „zwar Steuern zahlen aber nicht wählen darf“.



Hormel und Scherr plädieren in diesem Zusammenhang für „eine Herangehensweise, die die Menschenrechtserklärung als gesellschaftsgeschichtlich situierte Dokumente begreift, denen Erfahrungen mit bestimmten Prozessen der Entrechtung und Demütigung zugrunde liegen und die deshalb nicht als abschließende Fassungen einer universell geltenden Moral verstanden werden kann.“<sup>10</sup>

Entsprechend ergebnisoffen fordert das Demokratietraining die Heranwachsenden auf, sich selbst ein Urteil zu bilden, eigene Vorstellungen und Forderungen zu entwickeln und deren Tragweite in der Diskussion mit anderen auszuloten. *Diese Herangehensweise, die eine Regelbildung auf die Ermittlung von Bedürfnissen stützt, führt in der Regel dazu, dass die jungen Trainingsteilnehmer sich mit (gesetzlichen) Vereinbarungen persönlich verbunden fühlen können.* Entsprechend der Vorstellung von Hormel/Scherr zeigt sich, dass ein „relativ voraussetzungsarmes Verständnis der Menschenrechte ... an eine grundlegende und potentiell allen Individuen verfügbare Erfahrung anknüpfen kann“.<sup>11</sup> Dadurch entsteht ein Interesse, das sich von der Trainingsleitung dahingehend nutzen lässt, die Heranwachsenden zu stärken.

## Lust auf den eigenen Standpunkt bekommen

Die von den Jungen und Mädchen als zu schützende Rechtsgüter erkannten Vereinbarungspunkte werden entsprechend mit Hintergrundinformationen aus der Menschenrechtscharta und der UN-Kinderrechtskonvention gestützt. Dabei geht es vor allem darum, deutlich zu machen, was es bereits (an Rechten) gibt, aber auch festzustellen, wo sich Lücken auftun, wo Rechtsnormen fehlen oder eben nicht entsprechend umgesetzt werden.

Die Zielperspektive ist hierbei in zweierlei Hinsicht zu betrachten: Zum einen geht es zunächst einmal darum, das Bewusstsein der Jungen und Mädchen dafür zu schärfen, dass sie überhaupt Rechte haben. Gleichzeitig ist dabei wichtig, die bestehenden Regelwerke nicht als abgeschlossenes, fertiges Faktum in den Raum zu stellen. Es geht also weniger darum, den Kindern und Jugendlichen das gesamte Rechtswerk (z.B. alle Paragraphen der Kinderrechtskonvention) vorzustellen. *Vielmehr soll ihnen Lust gemacht werden, sich umzuschauen, eigene Standpunkte zu finden und für diese streiten zu lernen.*

Dementsprechend endet jedes Training mit einer Aufforderung, sich mit seiner Umgebung auseinanderzusetzen und zu überprüfen wie „menschen-“ bzw. „kinderfreundlich“ diese ist. Ein dazu entwickelter Fragebogen kann die Jungen und Mädchen dabei unterstützen herauszufinden, wie „demokratisch“ es in ihrem Umfeld zugeht. Wie ist es um ihre Freiheitsrechte in

Schule, Familie und Verein bestellt? Wer achtet ihre Individualität? Wer interessiert sich für sie und ihre Meinung? In manchen Gruppen animieren offene Fragen die Kinder und Jugendlichen mehr, ihren „Rechtsschutz unter die Lupe“ zu nehmen. In diesem Zusammenhang werden sie aufgefordert, „Rechte zu benennen, von denen sie wissen, dass sie sie haben und auf die sie gut aufpassen müssen, damit sie ihnen nicht verloren gehen.“

## Wir haben Rechte!

Der in der Regel zweitägige Einstieg in das Demokratietraining folgt der Zielsetzung, Kinder und Jugendliche auf ihre Rechte hinzuweisen. Die 1989 von der UN beschlossene und 1992 im Bundestag ratifizierte Kinderrechtskonvention ist vielerorts weder bei Schülerinnen und Schülern noch in der Lehrerschaft bekannt. Auch die beispielsweise 1998 in die hessische Gemeindeordnung aufgenommene Verpflichtung der Kommunen, Kinder und Jugendliche – ihrem Altern und ihren Kompetenzen entsprechend – an einer Auseinandersetzung mit sie betreffenden Fragestellungen zu beteiligen, bietet formal Beteiligungschancen, die realiter aber viel zu selten genutzt werden.

Das Demokratietraining will dabei Impulse setzen, den Kindern und Jugendlichen Lust zu machen, sich mit ihren Rechten auseinanderzusetzen und ihre Möglichkeiten wahrzunehmen. Im Zuge der im Demokratietraining eher spielerischen Herangehensweise, die den Heranwachsenden viel Gestaltungsspielräume lässt, kann man immer wieder feststellen: *Kinder und Jugendliche wollen gefragt und mit einbezogen werden, sie möchten selbst Entscheidungen treffen und Verantwortung tragen.*

Das Trainingserleben wird durch Kurzsprints in einen größeren Rahmen gestellt, mit dem Ziel, die Heranwachsenden mit Hintergrundwissen „auszustatten“, das sie autark werden lässt, um für sich und ihre Rechte eintreten zu können. Die Inputs sind dabei so dosiert, dass sie die Kinder und Jugendlichen stärken können. Angeboten werden: überschaubare „Häppchen“, die zu den im Trainingsgeschehen entstandenen Fragen und Anliegen – und den Aufnahmekapazitäten der Teilnehmer/innen – passen. Das Ziel ist dabei, für die Kinder und Jugendlichen nachvollziehbares und direkt anwendbares, aktives Wissen zu schaffen. Ein Wissen, dessen sich die jungen Trainingsteilnehmer/innen selber angenommen haben und das ihnen Kraft geben kann, sich engagieren zu können.

„Ich wusste gar nicht, wie viel ich weiß“, sagt die 14-jährige Seda am Ende der Trainingstage. Selbstbewusst erklärt sie einer Journalistengruppe, wie ein Demokratietraining funktioniert und wie viel das mit ihr selbst und mit Schülerrechten zu

tun hat.<sup>12</sup> Wie Seda entwickeln viele der jungen Trainingsteilnehmer/innen Lust, im Anschluss an die Einstiegstrainingstage dranzubleiben und sich weiter, mit Kinderrechten, demokratischen Prozessen im (Schul-)Alltag und den Verfahren der politischen Auseinandersetzung der Kommune zu beschäftigen.

## Vermittlung der Menschenrechtsfragen als zentrale Aufgabe in Schulen

Die bisherigen (Trainings-)Erfahrungen lassen den Schluss zu, dass das Konzept einen Beitrag zum Thema „Demokratie lernen“ leisten und darüber einige Aktivierungspotentiale bieten kann. Entscheidend dabei ist, ob Schule bereit ist, in der Vermittlung von und der Auseinandersetzung mit Menschenrechtsfragen eine zentrale Aufgabe zu sehen. Hilfreich in diesem Zusammenhang ist es, wenn Schule sich zutraut, sich nach Außen zu öffnen. Einerseits um Kinder und Jugendliche dabei zu unterstützen, von ihren Beteiligungsrechten in der Gemeinde Gebrauch zu machen. Andererseits aber auch, um die Heranwachsenden mit Menschen bekanntzumachen, die sie dabei unterstützen können für sich und ihre Rechte zu kämpfen.

Diese könnten die Schulgemeinde dabei unterstützen, Leitfragen zu entwickeln, um eine demokratiefördernde, kinderfreundliche bzw. menschenfreundliche Schule entwickeln zu können, in der eine freiwillig agierende, jahrgangsübergreifende „Menschenrechts-AG“ kontinuierlich darauf schaut, wie menschenfreundlich es in Deutschland, Europa und der Welt zugeht. ■

**(Anmerkungen zu diesem Artikel auf der folgenden Seite.)**

## Anmerkungen

- 1 Einem, Caspar: Demokratisierung von Politik und Gesellschaft durch neue Formen der Beteiligung von Bürgern und Bürgerinnen. In: Metha, Gerda u.a. (Hrsg.), *Mediation und Demokratie*, Heidelberg 2003, 66-89.
- 2 ebenda, 82.
- 3 Zu diesem Ergebnis kommen beispielsweise Lehrkräfte, die mit einem der im Rahmen des hessischen Modellprojekts „Mediation und Schulprogramm“ entwickelten Klassenprogramm zur Förderung konstruktiver Konfliktbearbeitung in Schule arbeiten. Siehe in diesem Zusammenhang die Arbeiten von: Altenburg, Marion: *Die Kunst, Konflikte produktiv zu lösen. Sensibilisierungsprogramm für die Klassen 7 und 8*, Amt für Lehrerbildung, Frankfurt 2005 und Kaletsch, Christa: *Konstruktive Konfliktkultur, Förderprogramm für die Klassen 5 und 6*, Weinheim 2003.
- 4 Siehe in diesem Zusammenhang die Ausführung zu einem an den Ideen konstruktiver Konfliktlösung (Mediation) orientierten SV-Trainings von Kaletsch, Christa: *Das SV-Training auf der Grundlage konstruktiver Konfliktlösung*. In: *SV-Arbeit praktisch*, Wiesbaden 2001, 45-61.
- 5 Insbesondere ein Bewusstsein für die Gefahr vor versteckten Erwachsenenprojekten ist hierbei hilfreich. Die von der Kampagne „Schleswig-Holstein Land für Kinder“ entwickelten Prüfsteine zur Kinder- und Jugendpartizipation bieten einen entsprechenden Orientierungsrahmen. Vgl.: *Deutsches Kinderhilfswerk u.a. (Hrsg.): mitreden – mitplanen – mitmachen*. Berlin, Kiel 1997, 22-25.
- 6 „Augusto Boal entwickelte im Laufe der 70-er Jahre – zunächst im lateinamerikanischen, später im europäischen Raum – Volkstheaterformen, die Probleme von unterprivilegierten Bevölkerungsgruppen aufgreifen und soziale Veränderungen anregen wollten“, erklärt Jürgen Weintz im Vorwort zu: „Der Regenbogen der Wünsche“ von Augusto Boal, Seelze 1999. Siehe auch: Boal: *Theater der Unterdrückten*, Frankfurt 1989.
- 7 Demokratietrainings werden von der Autorin seit Herbst 2003 durchgeführt. Die Initiative ging dabei auf das Jugendbildungswerk der Stadt Offenbach zurück, das die Autorin mit der Programmentwicklung beauftragte. Seither konnten über den Kreis Offenbach hinaus von der Autorin vielfältige Erfahrungen in allen Schulformen der weiterführenden Regelschulen gesammelt werden. Schwerpunktmäßig fanden zweibis dreitägige Seminare mit Klassen der Jahrgangsstufe 7-9 statt. Darüber hinaus konnte es schon in Schülervertretungsgruppen und in außerschulischen jahrgangsübergreifenden Trainingsgruppen Anwendung finden.
- 8 Diese und alle anderen im Demokratietraining angewendeten Methoden werden ausführlich im „Handbuch Demokratietraining in der Einwanderungsgesellschaft“ von Christa Kaletsch beschrieben. Das Buch wird im Frühjahr 2007 im Wochenschau Verlag erscheinen.
- 9 Vgl. in diesem Zusammenhang die Herangehensweise der Jugendbegegnungsstätte Anne Frank im Projekt „Rechtsextremismus, was heißt das eigentlich heute?“, erläutert unter: „Didaktischen Grundlagen“, Seite 68/69 und ebenda Kaletsch: *Eine Schule sieht nicht weg*, 81-85, in: *Jugendbegegnungsstätte Anne Frank (Hrsg.): Rechtsextremismus, was heißt das eigentlich heute?*, Frankfurt 2003.
- 10 Hormel, Scherr: *Bildung für die Einwanderungsgesellschaft*, Wiesbaden 2004, 138.
- 11 ebenda, 148.
- 12 „Demokratie hat mit uns allen zu tun. Sie gibt uns Rechte und Schutz“, sagt die 14-jährige Seda in: *Taunus Zeitung*, 23.4.05. Siehe auch *Frankfurter Rundschau* 23.4.05. Weitere Einblicke in das Trainingsgeschehen bietet auch ein weiterer Aufsatz der Autorin (Kaletsch) zum Demokratietraining, der in dem von Helmut Rademacher herausgegebenen Sammelband: *Leitfaden Konstruktive Konfliktbearbeitung und Mediation*, der im Frühjahr 2007 im Wochenschau Verlag erscheinen wird.

**Christa Kaletsch, M.A. Fachjournalismus Geschichte, ist freie Autorin, Trainerin und Pogrammentwicklerin in den Bereichen Mediation, Partizipation und Zivilcourage.**

# BÜCHER ZUM THEMA

Behn, Sabine / Kügler, Nicolle / Lembeck, Hans-Josef / Pleiger, Doris / Schaffranke, Dorte / Schroer, Miriam / Wink, Stefan

## **Mediation an Schulen.**

Eine bundesdeutsche Evaluation.

Mediation an Schulen wird in Deutschland seit Beginn der 90er Jahre durchgeführt. Vor allem in den letzten Jahren ist es bundesweit zu einer Ausweitung und Diversifizierung des Streitschlichterkonzeptes und zu einer verstärkten Implementierung von Schulmediationsprojekten gekommen.

Die Studie ist die erste bundesweite Evaluation von Schulmediationsprojekten. Es werden Evaluationsergebnisse über den Stand, die Rahmenbedingungen und unterschiedliche Umsetzungsformen in allen Bundesländern, insbesondere von Peer-Mediationsprojekten, dargestellt. Darüber hinaus werden Fragen nach den Wirkungen von Mediationsprojekten, der Rolle von Mediation im System Schule und erfolgreichen Strategien zur Umsetzung von Mediation an Schulen untersucht. Wiesbaden 2006.

Braun, Günther / Püttmann, Ulla  
**Kinder bauen Brücken zueinander.**

Das Bensberger Mediations-Modell in Kindertagesstätten.  
Bensberger Studien 16.

Das Bensberger Mediationsmodell basiert auf einem aus christlichem Gedankengut entstandenen Welt- und Menschenbild. Es bietet ein didaktisches Modell für verschiedene pädagogische Handlungsfelder.

Thomas-Morus-Akademie,  
Bensberg 2006.

Canori-Stähelin, Sylvia / Schwendener, Monika

## **Mediation macht Schule.**

Der Weg zu einer konstruktiven Konfliktkultur.

Die Autorinnen beschreiben die Grundlagen von Konfliktprävention und Konfliktlösung, präsentieren unterschiedliche Modelle der Peer-Mediation und vergleichen deren Potenzial und Grenzen. Die Anleitung zur Implementierung zeigt auf, wie Mediation an einer Schule vorbereitet, verankert und zu einer wichtigen pädagogischen Ressource werden kann.

Zürich 2006.

Iseli, Daniel

## **Familienmediation in den Konfliktfeldern der Erziehungsberaterischen Arbeit.**

Schriften zur pädagogischen Psychologie 18.

Der Autor empfiehlt Mediation als Methode in der Erziehungsberatung für eine Vielzahl unterschiedlicher Konflikte, nicht nur in Scheidungsfällen, und stellt in anschaulicher Weise ein Fallbeispiel aus der eigenen mediativen Praxis vor.  
Bern 2003.

Montada, Leo / Kals, Elisabeth

## **Mediation.**

Lehrbuch für Psychologen und Juristen.

Grundlagen der Mediation für Psychologen und Juristen (Studierende und Praktiker) bzw. benachbarte Berufsgruppen, die am Handlungsfeld der Konfliktmediation interessiert sind. Gefordert wird eine interdisziplinäre Zusammenarbeit im Mediationsprozess.

Weinheim 2001.

Schlag, Thomas (Hrsg.)

## **Mediation in Schule und Jugendarbeit.**

Grundlagen – Konkretionen – Praxisbeispiele.

Reihe: Beratung und Supervision Bd.1.

Die gesammelten Beiträge beleuchten die gegenwärtigen Entwicklungen der Mediation im Kontext jugendlicher Lebenswelten und erörtern die notwendigen Bedingungen für eine sachgemäße Ausbildung und Umsetzung der Methode einer kommunikationsorientierten Konfliktlösung. Sondiert werden Voraussetzungen für eine gelingende nachhaltige Etablierung von Mediation in verschiedenen Handlungsfeldern von Schule und Jugendarbeit. Die aufgezeigten Best-practice-Beispiele dienen dazu, den gegenwärtigen wissenschaftlichen Diskussionsstand in eine gelingende Praxis zu überführen.

Münster 2004.

Schmitt, Annette

## Konfliktmediation in der Schule.

Ergebnisse einer Evaluationsstudie.

Diese Studie untersuchte am Beispiel dreier niedersächsischer Schulen, die Schülermediation anbieten, in welchem Maße sich diese Erwartungen erfüllen konnten. Auch fragte sie nach günstigen Rahmenbedingungen der Schulmediation. Diese Einschätzungen erfolgten durch verschiedene beteiligte Gruppen und berücksichtigten verschiedene Aspekte. Hamburg 2005.



### Zum Thema dieser Ausgabe ...

Wir weisen auf drei Nummern unserer Zeitschrift THEMA JUGEND hin:

#### Heft 4/1999 Peer to Peer

Peer Education wird häufig für die Präventionsarbeit eingesetzt und stellt unter bestimmten Voraussetzungen eine wichtige Methode dar, Jugendliche zu erreichen.

#### Heft 1/2005 Konflikt-KULTUR

Dies ist ein Präventionsprogramm, bei dem es gelungen ist, Kinder und Jugendliche einen möglichst konstruktiven Weg zu vermitteln, wie mit Konflikten umgegangen werden kann.

#### Heft 4/2005 Prima Klima

In diesem Heft geht es um das Thema Mobbing unter Kindern und Jugendlichen. Was ist zu tun?

#### Bestellung der drei Hefte:

**Katholische Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NW e.V.**

Salzstraße 8  
48143 Münster

Bei der schriftlichen Bestellung bitte 4,- Euro für die Hefte plus Portokosten (1,40 Euro) hinzulegen.



Naomi Drew

## Kinder lernen zusammen streiten und gemeinsam arbeiten

Ein Mediations- und Gewaltpräventionsprogramm

■ Gewaltprävention: je früher, desto besser? Ja, meint das 200 Seiten starke Übungsprogramm für Grundschüler/innen. Die Autorin hat es in den USA selbst ausprobiert und nach Jahren der Praxis in überarbeiteter Form schriftlich herausgegeben (in den USA bereits 1995). Eine Einführung in die „Philosophie“ der Autorin folgt ein kurzer Überblick über Mediation. Daran schließt sich das dreistufige Programm an: „Frieden beginnt mit mir“, „Wir schaffen Frieden in unserer Umgebung“ und schließlich „Wir entdecken, dass wir zu einer Weltgemeinschaft gehören“. Im Mittelpunkt stehen die vier (für den Kontext sozialen Lernens nicht unbekannt) Prinzipien: sich selbst und andere akzeptieren, effektiv kommunizieren, Konflikte friedlich lösen, interkulturelle Unterschiede verstehen.

Die Veröffentlichung ist wahrlich ein Handbuch. Es bietet knappe Theorie und eine Menge Übungen und Rollenspiele, die sicher mit Kindern Spaß- und lustvoll umzusetzen sind. Darin liegt überhaupt ein Hauptverdienst dieses Bandes, dass das Thema konzeptionell auf das Kindesalter übertragen wird. Mediation etwa wird anderswo vorwiegend als Methode für frühestens ab Klassenstufe 5 präsentiert. Eine weitere Stärke liegt in der Selbstverständlichkeit, mit der globale Zusammenhänge für Kinder aufbereitet werden. Etwas schwieriger ist der friedentheoretische Hintergrund. Dass der Frieden bei jedem Einzelnen anfängt, ist nicht grundsätzlich falsch, lässt aber gesellschaftliche Strukturen außer Acht. Ein allzu utopischer Konfliktbegriff blitzt zudem auf bei Zielvorgaben wie „Kooperation statt Streit“ und „Versöhnung statt Konflikt“. Wer sich daran nicht stört, findet in dem Buch viele nützliche praktische Anregungen. **Lothar Wegner** ■

210 Seiten, Preis: 22,10 Euro, ISBN 3-86072-488-6, Mülheim an der Ruhr 2000.

Kurt Fallers

## Mediation in der pädagogischen Arbeit

■ In unserem Umgang mit Konflikten sind wir in der Regel Analphabeten. Die Hilflosigkeit wird angesichts der zunehmenden Gewalt und Aggression unter Kindern und Jugendlichen immer offensichtlicher.

Aber Konflikte lösen ist lernbar!

Anhand bewährter Beispiele aus der Praxis, welche Strukturen in Konflikten ablaufen, ist dies zu erfahren. Alle Beteiligten haben viel mehr Möglichkeiten zu reagieren, als man anfänglich meint.

Von scheinbar belanglosen Streitereien im Lehrerkollegium bis hin zu massiven ethnischen Konflikten in der Jugendarbeit: Für alle Aufgabenfelder sind wirksame Strategien für die Konfliktbearbeitung, -vermeidung und -prävention zu finden. Es gibt Patentrezepte, aber es gibt wirksame, praxiserprobte Modelle. Dieses Handbuch ist eine wichtige Hilfe für die tägliche Arbeit mit Kindern und Jugendlichen – es kann so manchen Stress ersparen. (Verlagstext) ■

232 Seiten, Preis: 15,70 Euro, ISBN 3-86072-341-3, Mülheim an der Ruhr 1998.

Petra Haumersen / Frank Liebe

## Wenn Multikulti schief läuft?

Trainingshandbuch in der interkulturellen Arbeit

■ Multikulti als Zauberwort für eine bunte Utopie, die sich jetzt als gleichgültig gelebtes Nebeneinander entpuppt, hat ausgedient. Während man in Deutschland nach Möglichkeiten einer neuen Integrationspolitik diskutiert, wird in den Niederlanden bereits das Scheitern der toleranten Multikulti-Gesellschaft ausgerufen. Zu spät wurde vielen klar: Gegenseitige Toleranz und ein faires Miteinander entstehen nicht von selbst, sondern setzen intensive Arbeit an den Differenzen voraus. Wie diese im Detail aussehen kann, erläutert die überarbeitete Neuauflage des Trainingshandbuchs. Handlungs- und alltagsorientierte Übungen wie Rollenspiele zur Mediation bei interkulturellen Konflikten, Simulationsaufgaben und praxiserprobte methodische Vorgaben zeigen, wie die aktuelle Kollektivangst abgebaut wird und ein Zusammenleben verschiedener Kulturen funktionieren kann. (Verlagstext) ■

193 Seiten, Preis: 16,80 Euro, ISBN 3-86072-996-9, Mülheim an der Ruhr 2005.



**Versammlung der Streitschlichter/innen des Gymnasiums Paulinum in Münster.**

Bekir Alboğa | Georg Bienemann | Werner Höbsch

## **Dialogbereit – Im Spannungsfeld von Christentum, Islam und moderner Gesellschaft**

In einer Gesellschaft, in der Menschen unterschiedlicher kultureller Herkunft und religiöser sowie weltanschaulicher Überzeugung Tür an Tür leben, sind gegenseitiger Respekt und Dialog Voraussetzung für ein gutes Zusammenleben. Die Begegnung mit Menschen anderer Kulturen und Religionen, mit anderen Gewohnheiten und Bräuchen geschieht fast tagtäglich in Schule, am Arbeitsplatz, im Stadtviertel. Religion wird wieder öffentlich und auch für diejenigen, die keiner Religionsgemeinschaft angehören, zum Thema und zur Herausforderung. Der Dialog über Leben und Werte ist nicht mehr nur eine Angelegenheit für Spezialisten, sondern fordert neben den Lehrern und Erzieherinnen auch Ärzte und Pflegekräfte im Krankenhaus, Verantwortliche in Jugendarbeit, in



Ausbildung, in Sportvereinen und an vielen anderen Orten heraus.

Diese Veröffentlichung möchte zum „Dialog an der Basis“ ermutigen und befähigen. Sie bietet wesentliche Informationen über Kultur und Religion, besonders über die des Christentums und Islam, sie führt in den Glauben und das religiöse Leben von Muslimen und Christen ein, sie informiert über religiöse Organisationsformen und Gemeinschaften im Christentum und Islam und gibt Anregungen zum interkulturellen Lernen und Dialog.

Das Buch hat 150 Seiten, es ist reich bebildert.  
Schutzgebühr: 5,00 Euro  
(zzgl. Kosten für Porto und Verpackung).

**Bestellschrift:**  
**Katholische  
Landesarbeitsgemeinschaft  
Kinder- und Jugendschutz NW e.V.**  
**Salzstraße 8, 48143 Münster**  
**Telefon: (02 51) 5 40 27**

Gerit Kopietz / Jörg Sommer

## Der Erziehungskompass

Praktische Tipps für das Leben mit Kindern

■ Kinderleicht. Ein Wort, das in unserer Sprache immer wieder wie selbstverständlich über die Lippen kommt. Sicher gibt es viele Dinge, die „kinderleicht“ sind. Der Umgang mit Kindern und ihre Erziehung gehören nicht dazu. Jeder, der Kinder erzieht, mit ihnen zusammenlebt oder auch nur versucht, mehr oder weniger den Alltag mit ihnen zu überstehen, kann ein Lied davon singen: Ein Großteil des erzieherischen Alltags besteht aus der Suche nach Problemlösungen aller Art.

Was mache ich, wenn meine Tochter abends nicht einschlafen möchte? Wie bringe ich meinen Sohn dazu, wenigstens ein Minimum an Ordnung in seinem Zimmer zu halten? Wie reagiere ich, wenn meine Kinder beim Essen ständig nur herumnörgeln?



In diesem umfassenden Erziehungsratgeber für die alltägliche Praxis können – in übersichtlicher und alphabetischer Reihenfolge – die häufigsten Erziehungsprobleme nachgeschlagen werden, welche im Alltag vorkommen. Zu jedem dieser Alltagsprobleme präsentiert das Buch nicht nur übersichtlich und verständlich die Hintergründe, sondern stets auch mehrere einfache Lösungsvorschläge, mit denen nach Lust und Laune experimentiert werden kann.

So möchte dieses Buch eine Art Leitfaden für Eltern und Erziehende sein, gleich einem Kompass durch den Irrgarten der Pädagogik, der an allen rätselhaften Abzweigungen den richtigen Weg weist oder doch zumindest Umleitungsempfehlungen zur Wahl stellt. (aus dem Vorwort) ■

192 Seiten, Preis: 14,90 Euro, ISBN 3-89438-352-6, Köln 2006.

Peter Hansbauer / Barbara Mutke / Gertrud Oelerich

## Vormundschaft in Deutschland

Trends und Perspektiven

■ Vormundschaft in Deutschland – in der Fachöffentlichkeit ein eher unterbelichtetes Thema, obwohl quantitativ durchaus relevant. Die Zahl derer, die unter bestellter Vormundschaft/Pflegschaft stehen, ist ähnlich groß, wie die der sich in Heim-erziehung befindlichen Kinder und Jugendlichen (56.500).

Dieses Buch gibt in den ersten beiden Kapiteln einen guten Ein- und Überblick über den derzeitigen Stand und über die Entwicklung des Vormundschafts- und Pflegschaftswesens. Alle Aspekte der Vormundschaft/Pflegschaft sind zuverlässig und vollständig behandelt.

Kernstück des Buches ist die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Auftrag gegebene Studie, „die bundesweit repräsentative Einblicke in die Situation der Amtsvormundschaft ermöglichen und Vorschläge zu ihrer Weiterentwicklung geben sollte.“ Im 4. Kapitel werden die Ergebnisse einer repräsentativen *Befragung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter* in der Amtsvormundschaft dargelegt und im Kapitel 5 *Interviewauswertungen der befragten Städte (Amtsvormundschaften und Soziale Dienst)* erörtert. Der Perspektivwechsel findet im nächsten Kapitel statt – es werden vier exemplarisch ausgewählte *Fälle von Betroffenen vorgestellt*.



Die jeweiligen Kapitel enden mit einem Fazit, einem Resümee oder einer Diskussion der Ergebnisse. Das letzte Kapitel (Ausblick) hält etliche wichtige Ergebnisse fest. Ein in der Praxis mehr als bekanntes Phänomen: Die zahlenmäßige Mehrheit der Mündel wird eher verwaltet als vertreten. „Dies ist der ‚ungeschminkte‘, aber auch gleichzeitig zentrale Befund dieser Studie, an dem auch bei einer wohlwollenden Interpretation der Ergebnisse kein Weg vorbeiführt.“ Einige weitere Kernaussagen: *Ein Perspektivwechsel (Mündelperspektive) ist dringend erforderlich, des Weiteren ist eine pädagogische Professionalität geboten, die allerdings auch erhöhtes Konfliktpotential für die Arbeit in den Jugendämtern in sich bergen wird.*

Die Stärke dieses Buches liegt darin, alle themenrelevanten Bereiche umfassend in ihrer Komplexität aufgenommen zu haben.

Die Forderung nach weiteren Forschungen in diesem Bereich ist folgerichtig.

Den im Vorwort genannten Wunsch können sich die Rezensenten nur anschließen. Diesem Buch ist eine möglichst große Verbreitung zu wünschen und es mag zu weiteren intensiven Diskussionen in der Kinder- und Jugendhilfe und allen mit der Vormundschaft befassten Akteuren führen – im Sinne und Interesse der betroffenen Kinder und Jugendlichen und jungen Erwachsenen. ■

**Gerhard Lochte/Wilhelm H. Heidemann**

374 Seiten, Preis: 24,90 Euro, ISBN 3-8100-3881-4, Opladen 2004.



Ullrich Dittler / Michael Hoyer (Hrsg.)

## Machen Computer Kinder dumm?

Wirkung interaktiver, digitaler Medien auf Kinder und Jugendliche aus medienpsychologischer und mediendidaktischer Sicht

■ Kinder und Jugendliche wachsen heute zunehmend in virtuellen Erlebniswelten und medialen Ersatzwelten auf. Es dominiert das Fernsehen, interaktive Video- und Computerspiele sowie digitale Internetangebote verbreitern das scheinbar unendlich mediale Unterhaltungsangebot. Eltern, Lehrer/innen und Erzieher/innen sehen sich zunehmend mit einer Generation konfrontiert, bei der Daily-Soaps, Reality-TV, Trash-TV, LAN-Partys, eSport, 3D-Shooter, SMS & MMS sowie Buddy-Listen und Communities die Realität als Erfahrungs- und Lebensraum zu ersetzen scheinen.

Der Sammelband greift die aktuelle Diskussion auf. Er bietet durch die Zusammenführung aktueller Forschungsergebnisse und Theorie- und Diskussionsansätze eine breite, wissenschaftlich orientierte Basis und stellt die verschiedenen Ansätze und Erkenntnisse der Medienwirkung einander gegenüber und zur Diskussion. Im Rahmen dieses Buches werden nicht nur aktuelle Forschungsergebnisse präsentiert, sondern auch Handlungsempfehlungen von kompetenter Seite gegeben. (Verlagstext) ■

206 Seiten, Preis: 16,80 Euro, ISBN 3-938028-60-2, München 2006.

Die in dieser Rubrik veröffentlichten Meinungen werden nicht unbedingt von der Redaktion und dem Herausgeber geteilt. „Kommentare“ sollen zur Diskussion anregen. Über Zuschriften freut sich die Redaktion von **THEMA JUGEND**.



## BETROFFENHEIT IM EINZELFALL WEGSEHEN IM FELD?

■ In ihrem wöchentlichen Video-Podcast vom 21. Oktober 2006 sagte Bundeskanzlerin Merkel: *„Wir sind alle betroffen von der Nachricht über den Tod des kleinen Kevin. Ein Kind ist an seinen Misshandlungen gestorben. Dies darf in unserem Land nicht passieren. Ich glaube, darüber sind wir alle einer Meinung. Dass Kinder in diesem Land an Misshandlungen leiden, Gewalt ausgesetzt sind, vernachlässigt werden, dagegen müssen wir gemeinsam kämpfen. Wir sind ein reiches Land, wir sind ein gebildetes Land, und deshalb ist dies eine der wichtigsten Aufgaben.“*

Wir nicken zustimmend und zugleich treibt uns die Frage um, ob denn dieses reiche Land alles dafür tut, dass die Zahl solcher Ereignisse, die man grundsätzlich wohl nie ganz verhindern können, minimiert, zumindest so weit eingegrenzt wird, dass die üblichen Verantwortlichen sich nichts vorzuwerfen haben. Hier tun sich nach meinem Eindruck erhebliche Abgründe auf, die durch politische Appelle, kluge Bemerkungen in Talkshows, Rufe nach Netzwerken und Ankündigungen von Frühwarnsystemen (was für ein lebensweltlicher Begriff!) nicht geschlossen werden.

Die Institutionen der Jugendhilfe stehen unter erheblichem Druck und dies nicht erst seit heute. Zwar wussten wir, dass für viele Jugendliche weiterhin nur die stationäre Unterbringung und damit eine deutlichere Trennung von der Herkunftsfamilie tragfähige Perspektiven bieten konnte. Doch ebenso wichtig war uns die Umsteuerung von der stationären Jugendhilfe hin zu einem stärkeren Ausbau der ambulanten und teilstationären Angebote. Wir erhofften uns eine Verbreiterung unserer Handlungsmöglichkeiten und glaubten zu-

gleich, auch die Forderung nach finanziellen Einsparungen bedienen zu können.

Ernüchtert müssen wir feststellen, dass das Spiel der Neu- und Umorganisationen aus ist. *Es wird bitterer Ernst, denn die Jugendhilfe gerät zunehmend in eine existenzbedrohende Schere zwischen präventivem fachlichen Anspruch und der inzwischen noch einmal rechtlich verschärften Verantwortung einerseits und dem finanzwirtschaftlichen Druck und dem Abbau von Hilfsstrukturen andererseits.* Wenn die Relationen zwischen der Zahl der Mitarbeiter der allgemeinen Sozialen Dienste und den zu bearbeitenden Fällen unzumutbare Grenzen erreichen und zudem die psychosozialen Belastungen im Umgang mit schwersten Problemkonstellationen deutlich zunehmen, dann muss sich niemand wundern, dass strukturelle Überforderungen zur Ausblendung von Aufmerksamkeit führen.

Der Druck, den man vor Jahren auf die Heimunterbringung ausgeübt hat, setzt sich jetzt mancherorts massiv im ambulanten Bereich fort. Unzureichende Mittel in diesem Sektor führen unweigerlich zu einer Anhebung der Interventionsschwelle und damit letztlich wieder zur Füllung der Heime und (weil die Jugendhilfe sich auch aus dem Bereich der Sorge um junge Erwachsene zurückziehen muss) der Gefängnisse. Waren wir da nicht schon einmal angekommen?

Der Bundesfamilienministerin ist zuzustimmen, wenn sie eine Verstärkung der Vernetzung von Institutionen fordert. *Aber sie sollte auch zur Kenntnis nehmen, dass seit Jahren genau an dieser Vernetzung kräftig gesägt wurde und gesägt wird.* Wo bleibt die Verknüpfung zwischen öffentlichem Gesundheitswesen und Jugendhilfe

im Jugendhilfeausschuss, dessen Existenz in der bisherigen Form ja auch bedroht ist? In § 5 des Ersten Gesetzes zur Ausführung des KJHG in NRW ist keine beratende Position vorgesehen. Der Kommentator hat vor dreißig Jahren noch sehr kompetente sozialmedizinische Einlassungen eines Medizinaldirektors erlebt! Wo bleiben nachhaltig gepflegte Kommunikationsstrukturen, wenn unstete Beschäftigungsverhältnisse die Mitwirkung freier Träger der Jugendhilfe erschweren?

Bundeskanzlerin Merkel hat in ihrer oben zitierten Botschaft an den früheren Bundespräsidenten Johannes Rau erinnert, der einmal sagte *„Wir müssen einander achten, und wir müssen aufeinander achten“.* Ich kann ihn hier leider nicht wörtlich zitieren, aber sinngemäß hat er auch einmal darauf hingewiesen, dass wir bei allen Modernisierungen und Umbauten darauf achten müssen, *dass nicht der „Mörtel“ fehlt.*

Die Zweifel daran, dass dieses reiche Land tatsächlich seine Potentiale nutzt, dürften eher wachsen. Es ist illusionär, widerspruchsfreie gesellschaftliche Systeme zu erwarten. Aber es gibt gerade im Bereich der Familien- und Jugendpolitik viel zu tun, um die ärgsten Konflikte zu bearbeiten. Da jammern wir über unsere demographische Entwicklung und zugleich lastet immer noch der gesellschaftliche Druck auf Frauen, ihre ungeborenen Kinder abzutreiben! Da beklagen wir den mangelnden Nachwuchs bei einheimischen Handwerksbetrieben und wir bringen nicht die Kraft auf, mit erhöhten Anstrengungen junge Leute aus den benachteiligten Minderheitenmilieu auszubilden. Wo bleiben beispielsweise die Exzellenz-Initiativen für die Hauptschulen?

Ob „Unterschicht“, „bildungsferne“ oder „erziehungsschwache“ Familien: Frau Merkel hat auf unsere Verpflichtungen hingewiesen. Wir müssen anpacken und wieder etwas ins Lot bringen in diesem Land. Politische Wortklaubereien oder Beschwörungen, die auch in diesen Tagen zu hören waren, helfen wenig.

**Prof. Dr. Bruno W. Nikles** ■

**Der Autor ist Vorstandsmitglied der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NW e.V. und war früher Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft. Er ist Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz (Berlin). Prof. Dr. Nikles arbeitet als Hochschullehrer an der Universität Duisburg-Essen, Fachbereich Sozialplanung.**

## Computersüchtig

Kinder im Sog der modernen Medien

■ Zuerst hörte man aus Asien, dass Menschen vom Computer abhängig wurden und sogar vor den Bildschirmen verhungerten. Inzwischen schätzen Fachleute, dass auch in Deutschland mindestens 400.000 hauptsächlich männliche Jugendliche ab dem 13. Lebensjahr computersüchtig sind. Das bedeutet: Menschen verbringen den Großteil ihres Lebens in virtuellen Welten und finden sich in der Realität nicht mehr zurecht.

Erstmals beschreibt das Buch „Computersüchtig – Kinder im Sog der modernen Medien“ die Sucht von zwei Seiten: Die Seele spielt ebenso eine Rolle wie die



Nervenzell-Verbindungen im Gehirn. Der Kindertherapeut Wolfgang Bergmann und der Hirnforscher Gerald Hüther erklären wissenschaftlich übergreifend, aus welchen gesellschaftlichen und psychologischen Gründen die Faszination für die Spiele entsteht, wie die Sucht das Gehirn verändert und welche Auswirkungen das im Alltag haben kann. Spielsüchtige können beispielsweise die Fähigkeit verlieren, vorausschauend zu denken, komplexe Probleme zu durchschauen, die Folgen ihres Handelns abzuschätzen. Ihre Frustrationstoleranz sinkt. Das Buch gibt Ratschläge, wie Eltern erste Symptome der Sucht erkennen können und wie sie ihre Kinder besser verstehen und ihnen helfen können. (Verlagstext) ■

164 Seiten, Preis: 18,- Euro, ISBN 3-530-42212-6, Düsseldorf 2006.

## Internetportal zum Thema Selbstevaluation

■ Selbstevaluation stellt eine attraktive Möglichkeit dar, ausgewählte Ausschnitte des eigenen beruflichen Handelns systematisch zu beleuchten. Fachkräfte der Sozialen Arbeit in allen erdenklichen Arbeitsfeldern erhalten mit Hilfe der Selbstevaluation Anhaltspunkte für Verbesserungsnotwendigkeiten und -möglichkeiten bei festgestellten Schwachstellen. Durch die Dokumentation erfolgreicher Arbeit nach Innen und Außen können wichtige Argumente zur Budgetsicherung und für

Entgeltverhandlungen bereitgestellt werden.

Das Fachportal [www.selbstevaluation.de](http://www.selbstevaluation.de) bietet:

- ein erstes Verständnis für Selbstevaluation
- einen Überblick über Barrieren für die Durchführung von Selbstevaluation und Möglichkeiten sie zu umgehen, zu überwinden oder zu schleifen
- einen Praxisleitfaden zur Durchführung von Selbstevaluation in der Jugendhilfe
- eine Literaturliste mit einer Auswahl besonders anregender Literatur, häufig bereichert um Hinweise auf Fachrezensionen zu den aufgeführten Werken
- Links

Das Portal wendet sich insbesondere an Fachkräfte im Sozialwesen und der Sozialwirtschaft, die Interesse daran haben, über Selbstevaluation ihre berufliche Arbeit zu verbessern und dies nach Innen und Außen zu dokumentieren.

Das Portal lädt dazu ein, Berichte über durchgeführte Selbstevaluationsprojekte in einem Dokumentationsbereich zu veröffentlichen – Beiträge sind willkommen. ■

Fachportal: [www.selbstevaluation.de](http://www.selbstevaluation.de)

## Schriftenreihe 45 des Deutschen Bundesjugendringes

### Come in Contract - auf gleicher Augenhöhe!

#### Dokumentation gelungener Beteiligungsprojekte

■ Mit der Publikation „Come in Contract – auf gleicher Augenhöhe!“ dokumentiert der Deutsche Bundesjugendring gelungene und innovative Beteiligungsprojekte von Jugendlichen. Diese Projekte sind im Rahmen der Initiative „Projekt P – misch dich ein“ durchgeführt worden.

„Die Praxisbeispiele zeigen das kreative Potential von Jugendverbänden für Mitwirkungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen in unserer Gesellschaft“, so Gunda Voigts, Geschäftsführerin des Deutschen Bundesjugendringes. Durch Grundsatzzartikel von Prof. Dr. Benno Hafenecker „Jugendverbände und Partizipation“ und Dr. Christian Lüders „Projekt P – ein Fortschritt im Ringen um Beteiligung von Kindern und Jugendlichen?“ erhalten die Praxisbeispiele eine wissenschaftliche Einordnung.

Auf 116 Seiten findet sich eine spannende Zusammenstellung aus Theorie und Praxis von Partizipationsideen. Sie regt die Auseinandersetzung mit dem Thema an und bietet Ideen, selbst Projekte mit Kindern und Jugendlichen umzusetzen. Die Methode „Come in Contract“ wird dabei ausführlich vorgestellt.

# ARBEITSHILFEN

Die bundesweite Initiative „Projekt P – misch dich ein“ ist ein gemeinsames Projekt vom Deutschen Bundesjugendring, dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und der Bundeszentrale für politische Bildung. ■

**Die Schriftenreihe 45 „Come in Contract – auf gleicher Augenhöhe!“ kann bestellt werden bei:**

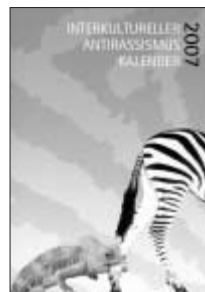
**Deutscher Bundesjugendring  
Mühlendamm 3  
10178 Berlin**

**Telefax: (030) 400 404-22**

**E-Mail: [info@dbjr.de](mailto:info@dbjr.de) oder direkt auf der Homepage unter**

**[www.dbjr.de/Materialien](http://www.dbjr.de/Materialien)**

**Lediglich die Versandkosten werden in Rechnung gestellt.**



## Der neue interkulturelle Antirassismus-Kalender 2007 ist da!

Dieser „fetzige“ Kalender (vor allem für Jugendliche gedacht) kann jetzt bei uns bestellt werden. Die Katholische Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NW e.V. und die Aktionsgemeinschaft Junge Flüchtlinge in NRW unterstützen die Herausgabe dieses Kalenders seit Jahren.

**Der Kalender kostet 4,- Euro (zzgl. Porto), bei größeren Bestellungen gibt es natürlich einen Rabatt. Anrufen unter (0251) 54027 und bei uns bestellen oder per E-Mail:**

**[Kath.LAG.Jugendschutz.NW@t-online.de](mailto:Kath.LAG.Jugendschutz.NW@t-online.de)**

## Fluchtwege freihalten!

Dies ist der Titel eines Taschenkalenders, der sich speziell an Aktive in der Flüchtlingsarbeit richtet. Der Kalender wird von Dankwart und Angelika von Loeper in Kooperation mit PRO ASYL herausgegeben und erscheint im von Loeper-Literaturverlag.

**Der Kalender kostet 6,90 Euro. Er ist zu beziehen über den Buchhandel: ISBN-10: 3-86059-527-X,**

**ISBN-13: 978-3-86059-527-5.**

## Neuerscheinung: Drogenabhängigkeit

Die Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V. (DHS) stellte im Juni 2006 eine neue Broschüre vor: Drogenabhängigkeit, Band 4 der Suchtmedizinischen Reihe, herausgegeben vom Wissenschaftlichen Kuratorium der DHS.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der medizinischen Fachdisziplinen, des Suchtbereichs und an Fragen der Suchtmedizin Interessierten sowie allen Auszubildenden dieser Tätigkeitsfelder wird auf 164 Seiten das gesamte Fachwissen der drogenbezogenen Störungen, des Missbrauchs und der Abhängigkeit von illegalen Drogen angeboten.

Die DHS möchte mit ihrer Schriftenreihe und speziell mit diesem neuen Band zur Drogenabhängigkeit die verschiedenen ärztlichen, psychotherapeutischen und psychosozialen Berufsgruppen bei der Betreuung dieser Patientengruppe unterstützen. Neben der Einführung in die Terminologie und Klassifikation der drogenbezogenen Störungen werden Hinweise zur Behandlung (u. a. Prinzipien der Behandlung, Entzug, Substitution, Notfälle) gegeben. In weiteren Kapiteln der Broschüre wird ein umfassendes Basiswissen (Substanzeigenschaften, Entwicklung und Verlauf drogenbezogener Störungen, Störungsbilder und Fallbeispiele, Rechtsfragen) vermittelt.

**Die Broschüre „Drogenabhängigkeit, Band 4 der Suchtmedizinischen Reihe“ ist kostenfrei über die DHS, Postfach 1369, 59003 Hamm erhältlich. Bei Bestellungen bitte den Titel der Broschüre und die Bestellnummer (33 221 204) angeben und einen an sich selbst adressierten und frankierten Umschlag (DIN-A 5, 0,85 Euro) zusenden.**

## Integration ist zentrale Zukunftsaufgabe

„Die Integration der in Deutschland lebenden Migranten ist eine existenzielle Zukunftsaufgabe für unser Land“ machte der Präsident des Deutschen Caritasverbandes (DCV), Peter Neher, aus Anlass des Integrationsgipfels deutlich. Die Caritas erwartet, dass der Gipfel konkrete Maßnahmen nach sich zieht.

„Nach unseren Erfahrungen kann von einem generellen Scheitern der Integrationsbemühungen in Deutschland nicht die Rede sein“, so der Caritas-Präsident. Der weit überwiegende Teil der Migranten lebe auf Dauer in Deutschland bzw. sei hier geboren und nehme aktiv am Leben in der Gemeinschaft teil. Doch dürfe Integration nicht einseitig verstanden werden als Forderung an Migranten, beispielsweise

die Sprachkenntnisse zu verbessern. „Integration ist ein Prozess, der in seiner Gesamtheit gesehen werden muss“, betont Peter Neher.

Der Politik komme dabei die Aufgabe zu, dies durch klare rechtliche Regelungen und angemessene Rahmenbedingungen zu fördern. Dazu gehöre beispielsweise die Absicherung und Verfestigung des Aufenthaltsrechts, der Abbau ausländerrechtlicher Hürden beim Arbeitsmarktzugang sowie beim Zugang zu Ausbildung und Qualifizierung und bessere Möglichkeiten der Einbürgerung. Ebenso müsse endlich eine Bleiberechtsregelung für langjährige geduldete Ausländer und mehr Sicherheit und Schutz für Menschen ohne Aufenthaltsstatus geschaffen werden.

„Als Wohlfahrtsverband der katholischen Kirche sieht sich die Caritas hier in einer besonderen Verantwortung. Durch unsere Einrichtungen und Dienste leisten wir seit Jahrzehnten einen wichtigen Beitrag zur Integration und damit auch zur Sicherung des sozialen Friedens“ macht Peter Neher deutlich. Diese Erfahrung werde die Caritas in die weitere Diskussion einbringen. Der DCV nennt in einem Eckpunkte-Papier zentrale Punkte für gelingende Integration: <http://www.caritas.de/2340.asp>.



In der WDR-Broschüre werden kurz und knapp unterschiedliche Projekte vorgestellt, die für den „Preis für die Rechte des Kindes“ (eine WDR-Initiative) vorgeschlagen wurden. In dieser Broschüre wird beispielsweise das Projekt NAVIGO der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NW e.V. vorgestellt. Es geht auch um den Einsatz für Schulkameraden, die als Flüchtlinge abgeschoben werden sollten. Hier haben sich Kinder und Jugendliche aus Freudenberg und dem Kreis Siegen-Wittgenstein deutlich gegen die Abschiebung engagiert. Die Aktionsgemeinschaft Junge Flüchtlinge in NRW hat die Schülerinnen und Schüler für den Kinderrechtspreis vorgeschlagen.

**Die Broschüre ist kostenfrei über die Geschäftsstelle der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NW e.V. zu beziehen: Salzstraße 8, 48143 Münster, Telefon: (0251) 54027, Telefax: (0251) 518609, E-Mail: [Kath.LAG.Jugendschutz.NW@t-online.de](mailto:Kath.LAG.Jugendschutz.NW@t-online.de)**

## Kopfstoß gegen sexuelle Beleidigung

Verbale sexuelle Beleidigungen gehören zur Zermürbungstaktik – nicht nur im Fußball. Geübt werden sexuelle Beleidigungen schon von 12-Jährigen. In der Regel zielen sie auf Mädchen, die damit verunsichert und kleingemacht werden. Wenn Jungen so „Mädchen ärgern“, erfahren sie meist keine Grenzsetzung von Erwachsenen. Sie führen dies mit sexueller Belästigung fort (oft unter Gruppendruck, um dominante „Männlichkeit“ zu beweisen), verwechseln dann Spaß mit Gewalt. Die Kriminalstatistik zeigt: Sexueller Missbrauch (Vergewaltigung von Kindern) wird am häufigsten von Jungen zwischen 14 und 16 Jahren begangen. Diese Altersgruppe weist die höchste Tatverdächtigenbelastungszahl auf (siehe Hinweis auf Veröffentlichung von Jutta Elz unten).

Pädagoginnen und Pädagogen wie auch Väter sehen sich nicht im Stande, das brisante Thema mit Pubertierenden zu besprechen. – Die aktuell gelaunchte Webplattform [www.niceguysengine.de](http://www.niceguysengine.de) könnte ihnen aber dabei helfen: Jungen und Mädchen (ab 12 Jahren) lernen hier, sexualisierte Gewalt in ihrem Umfeld und im eigenen Verhalten zu erkennen. In Fragebögen, Texteingaben, Interviews und Videos berichten sie über eigene Erfahrungen. Diese Fragebogenauswertungen können Interessierte online einsehen.

Jungen interessieren sich besonders für den jugendgerecht formulierter Auszug aus dem Strafgesetz: Hier lernen sie Fachbegriffe und Strafmaß für erlittenes und ausgeübtes Unrecht. Jungen dokumentieren hier (zum ersten Mal!) ihren Umgang mit Pornografie und ergründen: Was ist Spaß - was Gewalt? Was genau ist sexuelle Belästigung? Kann ein Junge vergewaltigt werden? Im Quiz „Wann ist ein Mann ein Mann?“ lernen sie schließlich, Stolz, Eitelkeit und Selbstachtung zu unterscheiden.

Entwickelt wurde die Plattform von Cristina Perincioli, Filmemacherin und Multimedia-Produzentin in Berlin-Brandenburg. Die Nutzung ist kostenfrei, da sie von der „Stiftung Deutsche Jugendmarke“ finanziert wurde.

*Prof. Dr. Cillie Rentmeister  
Telefon: (033204) 633 75*

## Direkte Links zu den erwähnten Bereichen

Projektinfos:  
[http://www.niceguysengine.de/doku/anleitung\\_projektinfo.html](http://www.niceguysengine.de/doku/anleitung_projektinfo.html)  
Interviews und Videos:  
[http://www.niceguysengine.de/index\\_medien.html](http://www.niceguysengine.de/index_medien.html)



Fragebogenauswertungen:  
<http://www.niceguysengine.de/plenum.html>

Auszug aus dem Strafgesetz:  
<http://www.niceguysengine.de/doku/strafgesetzbuch.html>

Umgang mit Pornografie:  
<http://www.niceguysengine.de/jungen/pornokonsum/results2.php>

Was ist Spaß - was Gewalt?:  
[http://www.niceguysengine.de/index\\_ag2.html?#verweisag2](http://www.niceguysengine.de/index_ag2.html?#verweisag2)

Kann ein Junge vergewaltigt werden?:  
<http://www.niceguysengine.de/jungen/rape.html>

Wann ist ein Mann ein Mann?:  
<http://www.niceguysengine.de/.cool.html>  
Cristina Perincioli - weitere Arbeiten:  
<http://www.sphinxmedien.de>

Jutta Elz: Sexuell deviante Jugendliche und Heranwachsende, KUP Kriminologie und Praxis. KrimZ, Bd. 41, Wiesbaden 2003.

Kurzfassung:  
<http://cgi.dji.de/bibs/ikknachrichten6.pdf>.

Siehe auch: Der Spiegel, 22/2006:  
„Gewalt - Kriminelle Doktorspiele“.

## Rauchen bei Jugendlichen out

■ Für Jugendliche in Deutschland verliert das Rauchen zunehmend an Attraktivität. Das Nichtrauchen bestimmt mehr und mehr das Einstellungsklima der jüngeren Generation. Das hat zur Folge, dass der Anteil der Jugendlichen, die erst gar nicht mit dem Rauchen anfangen, steigt. Das sind wichtige Ergebnisse einer Repräsentativerhebung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), bei der Jugendliche im Alter zwischen 12 und 19 Jahren zu ihrem Tabakkonsum befragt wurden.

Die Studie zeigt, dass die bereits in früheren Befragungen erkennbare Abkehr Jugendlicher vom Zigarettenkonsum sich weiter fortgesetzt hat. Während 2001 nur 36 Prozent der Jugendlichen zwischen 12 und 19 Jahren angaben, „Nieraucher“ zu sein, waren es im Jahr 2003 bereits 41 Prozent, im Jahr 2004 schon 43 Prozent und in 2005 bereits 45 Prozent. Besonders in der jüngeren Altersgruppe zwischen 12 und 15 Jahren ist ein starker Anstieg bei den Nierauchern festzustellen. Bezeichneten sich im Jahr 2001 knapp die Hälfte der 12- bis 15-Jährigen (48 Prozent) als Nieraucher, sind es im Jahr 2005 schon fast zwei Drittel (62 Prozent).

Mit dem Anstieg der Nieraucher wächst bei den jungen Menschen die Abneigung gegen das Rauchen. So wollen 86 Prozent der Jugendlichen, die nicht rauchen, auf gar keinen Fall damit beginnen. Auch hier zeigen die jüngeren Jahrgänge im Alter von 12 bis 15 Jahren mit 89 Prozent die größte Abneigung gegen einen Rauchbeginn.

Ein Rückgang der Raucherquote ist bei weiblichen und männlichen Jugendlichen gleichermaßen zu beobachten. So stieg der Nieraucheranteil bei den jungen Männern von 42 Prozent in 2003 auf 46 Prozent in 2005, bei den jungen Frauen nahm der Anteil im gleichen Zeitraum von 41 Prozent auf 44 Prozent zu.

Dass das Rauchen bei den Jugendlichen zunehmend ‚out‘ ist, spiegeln auch die Zahlen zum Rauchverhalten wider. Nur noch 26 Prozent der befragten 12- bis 19-Jährigen bezeichneten sich im Jahr 2005 als „ständige oder gelegentliche Raucher“. Dies ist der niedrigste Wert überhaupt seit Beginn der Untersuchungen der BZgA zum Rauchverhalten Jugendlicher im Jahr 1979.

Die Repräsentativbefragung „Förderung des Nichtrauchens“ der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung steht zum Downloaden unter [www.bzga.de](http://www.bzga.de) > Forschung > Studien/Untersuchungen > aktuelle Studien bereit.

Weitere Informationen: [www.rauch-frei.info](http://www.rauch-frei.info) (Internet für Jugendliche) und [www.rauchfrei-info.de](http://www.rauchfrei-info.de) (Internet für Erwachsene).

## Online-Handbuch

Kinder- und Jugendschutz

■ Das Online-Handbuch erläutert wichtige Begriffe des Kinder- und Jugendschutzes und ist im Zusammenhang mit der Erarbeitung des von der Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz herausgegebenen und von Bruno W. Nikles, Sigmar Roll, Dieter Spürck und Klaus Umbach bei Luchterhand verfassten Kommentars zum Jugendschutzrecht entstanden.

Das Handbuch folgt der Idee, von den Begriffen ausgehend, weitere Hinweise auf Informationen zum Kinder- und Jugendschutz, auf einschlägige Institutionen und Organisationen, Materialien und Literatur zugänglich zu machen.

[www.handbuch-jugendschutz.de](http://www.handbuch-jugendschutz.de)

## Surfen zu heißen Themen

Europäisches Internetprojekt geht an den Start

■ Kann man an Einsamkeit sterben? Ist Sex eine Privatangelegenheit? Trinken die Leute heute mehr als vor 200 Jahren? Spannende Fragen, dem nun ein interaktives Internetportal „The Real Citizen“ auf die Spur kommt. Für Jugendliche ab 14 Jahren eignet sich die Website [www.realcitizen.info](http://www.realcitizen.info), die ab dem 25. März 2006 im Netz zu finden ist. Sie thematisiert mögliche Einstellungen und Verhaltenswei-

# INFORMATIONEN

sen bei Aspekten wie Körperhygiene, Konsum, Mobbing oder Psyche. Zu jedem Thema gibt es Fragen, der jeweils eine wissenschaftliche, politische und gesellschaftliche Stellungnahme zugeordnet ist. Ein Klick entscheidet, welcher Beantwortung man am ehesten seine Zustimmung gibt.

Das Projekt ist aus der erfolgreichen Kooperation der DASA (Deutsche Arbeitsschutzausstellung der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin) mit dem Historischen Stadtmuseum Luxemburg bei der Hygiene-Ausstellung „Sauber oder rein“ im vergangenen Jahr entstanden. Die beiden Museen haben außerdem noch Kontakte zum Stadtmuseum Helsinki geknüpft. Die drei beteiligten Häuser haben nun in einem Gemeinschaftsprojekt den Internetauftritt erstellt.

Ziel ist es, Jugendliche auf spielerische Weise an Fragen des „Gemeinwohls“ heranzuführen. Auf jede der 18 Fragen gibt es drei mögliche Antworten. Keine davon ist richtig oder falsch. Alle zeigen eine bestimmte Geisteshaltung des Antwortenden an. Zu jeder Antwort gibt es vertiefende Informationen. Zum Schluss bietet die Auswertung ein individuelles Profil und eine grafische Darstellung. Sie schlüsseln auf, welche Qualitäten man als „real citizen“ hat. Die Multimedia-Anwendung ist für Menschen mit Sehbehinderung komplett erschließbar. Aufrufen kann man sie in vier Sprachen: in Deutsch, Englisch, Französisch und Finnisch.

Mehr unter [www.realcitizen.info](http://www.realcitizen.info) im Netz.

## Neue ehrenamtliche BDKJ-Landesvorsitzende

■ Auf der Landesversammlung des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) im September 2006 in Essen wurde die Aachener BDKJ-Diözesanvorsitzende *Alexandra Horster* mit großer Mehrheit zur ehrenamtlichen Landesvorsitzenden gewählt. Ebenfalls mit großer Mehrheit wurde die hauptamtliche Landesvorsitzende *Barbara Pabst* in ihrem Amt bestätigt. „In den nächsten Jahren wollen wir Politikerinnen und Politikern in NRW vermitteln, welche unverzichtbare Arbeit die katholischen Jugendverbände in NRW leisten“, so Pabst und Horster.

Weitere Infos zur Landesversammlung unter: [www.bdkj-nrw.de](http://www.bdkj-nrw.de).

# Wir wollen Eltern unterstützen

## Neue Schriftenreihe Elternwissen ist erschienen

Auf Initiative der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NW e.V. erscheint nun eine neue Schriftenreihe, die sich konkret an Eltern richtet. Als Idee steckt dahinter (was auch der Titel **Elternwissen** ausdrückt): Eltern haben viel Wissen, sind kompetente Gesprächspartner und können sich untereinander anregen, wenn es um pädagogische Fragen geht. Sie benötigen aber bei speziellen Fragen fachliche Unterstützung, denn die Welt ist kompliziert genug. Letzteres soll durch die Schriftenreihe **Elternwissen** angeboten werden.

In regelmäßigen Abständen werden kleine Broschüren zu wichtigen Erziehungsthemen erscheinen. Eine Herausgebergruppe, zu der der Familienbund der Katholiken / Landesverband NW e.V., die Katholische Elternschaft Deutschlands (KED) / Landesverband Nordrhein-Westfalen und die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB), Diözesanverband Münster gehören, sorgt dafür, dass die Themenhefte praxisnah und möglichst aktuell sind. Die Broschüren sind übersichtlich gestaltet, bringen Informationen zum Hintergrund des jeweiligen Themas und natürlich gibt es auch konkrete Tipps und Ratschläge.

**Inzwischen sind folgende Ausgaben erschienen:**

- Nr. 1 Konsum**
- Nr. 2 Handy**
- Nr. 3 Sucht**
- Nr. 4 Internet**

(Nr. 5 zum Thema „Sexualität“ ist in Vorbereitung.) Weitere Ausgaben folgen!

Zum Start der neuen Reihe ist eine erste Ausgabe zum Thema „Konsum“ erschienen. Behandelt wird der sog. „Kompensatorische Konsum“. Es geht hier um Ersatzhandlungen. Herausgefunden wurde in einer Studie, dass eine Form des problematischen Konsums mit Persönlichkeitsdefiziten zusammenhängt. **Elternwissen** (Heft 1) gibt konkrete Anregungen, wie damit in der Familie pädagogisch umzugehen ist.

Derzeit werden weitere Themenhefte vorbereitet. In diesem Jahr erscheinen auf jeden Fall noch vier weitere Ausgaben. Dabei soll es um Fernsehkonsum, Probleme mit dem Handy, heimliches Rauchen, Sucht und Abhängigkeit usw. gehen. – Wir sind gespannt, was unsere Leserschaft von **Elternwissen** hält. Anregungen und Kritik sind ausdrücklich erwünscht!

Die neue Schriftenreihe wird mitherausgegeben von den o.g. Verbänden (und in Zukunft möglichst auch von weiteren Organisationen, die sich für die gemeinsame Herausgabe interessieren). Die beteilig-

ten Verbände in der Herausgebergemeinschaft erhalten die Broschüre zu äußerst günstigen Konditionen. Aber auch für andere Verbände und Institutionen machen wir ein günstiges Angebot. Interessierte können sich ein Ansichtsexemplar bestellen. Bei größeren Stückzahlen gibt es kräftig Rabatt.

**Bitte einfach bei uns anrufen und einen Preis aushandeln:**

**Katholische  
Landesarbeitsgemeinschaft  
Kinder- und Jugendschutz NW e.V.  
Salzstraße 8  
48143 Münster  
Telefon: (0251) 54027  
Telefax: (0251) 518609  
E-Mail: [Kath.LAG.Jugendschutz.NW@t-online.de](mailto:Kath.LAG.Jugendschutz.NW@t-online.de)**



# Mehr medienpädagogische Angebote machen

Forderung nach einem Herstellungsverbot von „Killerspielen“ lenkt von den wirklichen Problemen ab

Anlässlich der Reaktionen auf den Amoklauf eines 18-Jährigen in einer Realschule in Emsdetten warnt die Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz (BAJ) vor hilflosen Schnellschüssen. Soweit bekannt, hat der junge Täter schon vor längerer Zeit auf sich aufmerksam gemacht, ohne dass ihm adäquate Hilfe zugekommen ist. Die in der Jugendhilfe Tätigen, aber auch die Schule und die Nachbarschaften, letztlich die gesamte Gesellschaft, müssen sich daher fragen, wie Hilfesysteme auf derartige instabile und augenscheinlich sozial isolierte Jugendliche und junge Erwachsene reagieren müssten.

Schon am Tag der Bluttat wurde das Verbot von „Killerspielen“ als Reaktion gefordert. *Die Verbreitung von Gewalt verherrlichenden Computerspielen ist bereits jetzt gemäß § 131 StGB strafbar. Solche Spiele dürfen nicht an Jugendliche weitergegeben werden, ebenso wie die Spiele, die von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien indiziert wurden.* Dass Kinder und Jugendliche dennoch für ihre Altersstufe nicht freigegebene oder indizierte Spiele nutzen, weist nicht auf rechtliche Defizite sondern auf unzureichende Kontrollen und mangelnde Aufmerksamkeit hin.

Die Forderung nach einem Herstellungsverbot für so genannte „Killerspiele“ lenkt von den wirklichen Problemen ab. Auf Frustration und Perspektivlosigkeit, z.B. verursacht durch fehlende Schulabschlüsse und Arbeitslosigkeit, die auch beim Amoklauf in Emsdetten eine Rolle spielten, müssen wir Antworten finden, die die gesamte Gesellschaft mit in die Verantwortung nimmt.

Ein Verbot von „Killerspielen“ würde an der Problemlage wenig ändern. Und auch das Infragestellen der Organisation, die sich mit den Altersfreigaben für Computerspiele beschäftigt, der Unterhaltungssoftware-Selbstkontrolle (USK), ist nicht zielführend. Die Einstufungen, die bei der USK von unabhängigen Gutachtern vorgenommen werden, werden erst durch die Bestätigung eines Vertreters der Bundesländer bindend, stehen also unter staatlicher Aufsicht. Zensur ist in Deutschland nach Artikel 5 Grundgesetz verboten.

Die BAJ fordert, in diesem Bereich auf die Umsetzung der bestehenden gesetzlichen Regelungen Wert zu legen, vor allem aber Medienpädagogik, Information und Aufklärung zu stärken. Hier müssen die

Jugend- und Kultusminister offensiv werden und ein deutliches Signal geben, ebenso wie die Medienanbieter. Eltern, die Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe, die Lehrerinnen und Lehrer und andere pädagogisch Tätige müssen stärker sensibilisiert werden und auch das nötige Handwerkzeug bekommen, um mit Kindern und Jugendlichen über auffälliges Verhalten und die problematischen Seiten ihres Medienkonsums sprechen zu können.

**Stellungnahme der Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz, beschlossen auf der Mitgliederversammlung am 22. November 2006 in Kassel.**

# THEMA JUGEND

Nr. 4 Dezember 2006

## THEMA JUGEND

Zeitschrift für Jugendschutz und Erziehung  
erscheint vierteljährlich

### Herausgeber:

Katholische Landesarbeitsgemeinschaft  
Kinder- und Jugendschutz NW e.V.  
Salzstraße 8, 48143 Münster,  
Telefon (02 51) 5 40 27 oder 4 0142  
Telefax (02 51) 51 86 09  
E-Mail: [Kath.LAG.Jugendschutz.NW@t-online.de](mailto:Kath.LAG.Jugendschutz.NW@t-online.de)  
[www.thema-jugend.de](http://www.thema-jugend.de)

### Redaktion:

Georg Bienemann (gb)

### Bebildering:

Michaela Töns / Westfälische Nachrichten

### Redaktionsbeirat:

Marianne Ammann, Fachhochschule Münster,  
FB Sozialwesen  
Prof. Dr. Joachim Faulde, Kath. Fachhochschule NW,  
Abteilung Paderborn  
Wilhelm Heidemann, Fachlehrer am August-Vetter-  
Berufskolleg, Bocholt  
Bernhard Jans, Institut für Freizeit und Tourismus  
GmbH i.G., Grafschaft  
Annette Wiggers, Jugendamt der Stadt Rheine

### Herstellung:

Achenbach-Druck  
Römerstraße 36, 59075 Hamm  
Tel. (0 23 81) 97 00 40, Fax (0 23 81) 97 00 444

### Bezugspreis:

Einzelpreis 2,- €  
Der Bezugspreis für Mitglieder und Mitgliedsverbände der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NW e.V ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.

**THEMA JUGEND** wird auf chlorfreiem Papier gedruckt. Durch chlorfreie Bleiche entstehen keine chlorierten organischen Verbindungen mit Spuren von Dioxinen und Furanen, die die Abwässer belasten.

Der beste umweltbewusste Umgang mit diesem Heft ist: Bitte weitergeben an andere Interessierte!

ISSN 0935-8935

Themenschwerpunkt der  
nächsten Ausgabe:

## Kontexte 2

THEMA  
JUGEND 27

# THEMA JUGEND NACHRICHTEN

Mehr Spiel- und Sportplätze sowie Geschäfte mit einem kindgerechten Angebot - das ist es, was sich Kinder in Nordrhein-Westfalen laut LBS- Kinderbarometer wünschen, wenn sie **Änderungsvorschläge für ihren Stadtteil** machen könnten. Während 13 Prozent der befragten Kinder an dem Stadtteil, in dem sie leben, nichts ändern möchten, geben 87 Prozent sehr konkrete, aber auch differenzierte Änderungswünsche an. Dabei gilt: Je älter die Kinder sind, desto mehr möchten sie an ihrem Wohnviertel verändern. Deutlich wird auch, dass die älteren Kinder und Jugendlichen vor allem mehr attraktive Geschäfte und eine Jugenddisco in der Nähe wünschen - ein Bedürfnis, das bei den Jüngeren noch nicht so stark ausgeprägt ist.

Nordrhein-Westfalen erprobt jetzt eine **„Gelbe Karte“, mit deren Hilfe junge Kriminalitätseinsteiger künftig abgefangen werden sollen**, bevor sie massiv auf die schiefe Bahn geraten. Beteiligt sind jeweils Staatsanwaltschaft, Polizei und Jugendamt. Bereits wenige Tage nach bekannt werden der Tat, werden die Jugendlichen mit ihren Eltern vorgeladen zu einem „Termin Gelbe Karte“, einem auf einen Tag begrenzten und damit schnellen, konzentrierten und ortsnahen Verfahren mit sofortiger Entscheidung. Möglich sind - etwa bei einer leichteren Straftat und einem einsichtigen Jugendlichen - erzieherische Maßnahmen wie z.B. gemeinnützige Arbeit. Zeigt der Betroffene aber keine Einsicht, wird sofort Anklage beim Jugendgericht erhoben. Wie Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter sagte, solle damit die eindeutige Botschaft übermittelt werden: „Nach ‚Gelb‘ kommt bei erneutem Fehlverhalten ‚Rot‘, also z.B. Jugendarrest oder sogar Jugendstrafe.“ In Remscheid soll außerdem ein „Staatsanwalt vor Ort“ in Jugendsachen erprobt werden, der seine „Pappenheimer“ kennt. (jpcd)

Die **TelefonSeelsorge** in Deutschland, das ökumenische Beratungs- und Seelsorgeangebot der evangelischen und katholischen Kirche; feiert in diesem Jahr ihr 50-jähriges Bestehen. Seit ihrer Gründung 1956 in Berlin steht die TelefonSeelsorge Menschen in Krisensituationen mit Rat und Zuspruch zur Seite. - Neben suizidgefährdeten Menschen, psychisch Kranken und Menschen in ökonomischen Krisensituationen rufen besonders viele Menschen in Beziehungskonflikten an.

„Die andauernd hohe Zahl von Anrufern zeigt, dass Anonymität und Verschwiegenheit als Grundlage des Angebotes der Telefonseelsorge für all die Menschen in unserer Gesellschaft wichtig sind, die ihre Sorgen und Nöte gerade nicht auf den Markt tragen wollen, sondern einen geschützten Raum der Seelsorge und Beratung suchen“, so Bernd Schlüter, sozialpolitischer Vorstand des Diakonischen Werks der EKD.

Die kinder- und jugendpolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion und Mitglied der Kinderkommission des Deutschen Bundestages, Miriam Gruss, hat erklärt: „Mehr als 2,5 Mio. **Kinder in Deutschland** leben nach Angaben des Kinderschutzbundes auf Sozialhilfeniveau. Damit hat sich die Zahl der armen Kinder seit 2004 mehr als verdoppelt. Das ist eine erschreckende Entwicklung, die uns alarmieren muss. Dabei müssen gerade unsere Kinder einen besonderen Schutz genießen. Egal welchen sozialen Hintergrund sie haben. Es ist deshalb von enormer Wichtigkeit, den Schutz und die Rechte der Kinder nun endlich explizit in das Grundgesetz aufzunehmen.“ (jpcd)

Dass **per Handy auch brutale Videos oder Pornofilme verschickt** werden, ist weiten Teilen der Jugendlichen bekannt. So haben 88 Prozent der Jungen und 84 Prozent der Mädchen mit eigenem Handy

schon einmal davon gehört. Bereits bei den 12- bis 13-Jährigen sind es 80 Prozent, bei den 18- bis 19-Jährigen liegt der Anteil bei 88 Prozent. Jeder Dritte jugendliche Handybesitzer kann von Freunden berichten, die solche Filme schon einmal auf ihr Handy geschickt bekommen haben, sieben Prozent waren selbst schon einmal Empfänger solcher Videos. Jungen sind hier stärker betroffen als Mädchen. Nach ersten Ergebnissen der JIM-Studie 2006 (Jugend, Information, (Multi-)Media) kursieren solche Handy-Videos zwar in allen Bildungsschichten, bei Jugendlichen mit geringerer formaler Bildung aber deutlich häufiger.

Einheitliche Regelungen zum **Schutz der Opfer von Kinder- und Zwangsprostitution** fordern UNICEF Deutschland und die Kinderrechtsorganisation ECPAT Deutschland. „Alle Opfer von Menschenhandel sollen mindestens 6 Monate lang vor Abschiebung sicher sein, Minderjährige dürfen überhaupt nicht abgeschoben werden“, betonten sie in einer gemeinsamen Erklärung. „Nachholbedarf beim Opferschutz und bei der Vorbeugung von Kinder- und Menschenhandel“ sehen UNICEF und ECPAT „insbesondere in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern und Sachsen“. In den östlichen Grenzregionen werde „immer noch nicht energisch gegen die Sexszene vorgegangen, in der Minderjährige von deutschen Männern missbraucht werden“. Im Gegenteil sei die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Polen, Tschechien und Deutschland „offenbar völlig eingeschlafen“.

Die nächste Ausgabe von  
**THEMA JUGEND**  
kommt am **1. März 2007**.